Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 227. Donnerstag, den 28. September 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

An das arbeitende Volk!

Die deutsche Arbeiterklasse geht einer großen, ereignisvollen Zeit entgegen. Die nächsten Wahlen werden den Entscheidungskampf der Reichstagswahlen bringen.

Es gilt Abrechnung zu halten über all die gehäuften Missetaten, die von den kapitalistischen Mächten gegen die arbeitenden Massen verübt worden sind. Es gilt Gericht zu halten über die Zollwucherer und Steuermacher, über die Feinde jedes Arbeiterrechtes, über die frivolen Kriegshetzer. Es ist eine gewaltige Aufgabe, die nun den Massen des vorwärts strebenden Proletariats gestellt ist: Deutschland zu reinigen von der Willkürherrschaft des Kapitalismus und des Absolutismus, von Junkerei und Muckerei!

Die beste Vorbereitung für diese nahenden Kämpfe ist die Ausbreitung unserer sozialdemokratischen Parteipresse, unseres Arbeiterblattes!

Noch in zahlreichen Haushalten der unbemittelten Volksklassen ist die Zeitung der Arbeiterschaft nicht eingeführt. Wie sollen aber die Arbeiter und Arbeiterfrauen, die ein volksfeindliches Blatt in ihre Wohnung aufnehmen, sich über alle Fragen des Wahlkampfes eine klare und richtige Meinung bilden? Da müssen jetzt in ganz besonderem Maße unsere Genossen und Genossinnen mit eifriger Agitation einsetzen, damit alle Angehörigen des arbeitenden Volkes, die demnächst zur Wahlurne schreiten sollen, auch rechtzeitig aus der Arbeiterpresse sich über die zur Entscheidung gelangenden politischen und wirtschaftlichen Fragen gründlich unterrichten können. Jeder neue Leser, den wir für unsere Presse heranziehen, bedeutet aber zugleich den Gewinn mehrerer Wähler für die Reichstagswahlen. Denn jeder, der aus der Arbeiterpresse Kenntnisse schöpft, ist dann imstande, wieder einige andere aufzuklären und für unsere Sache zu gewinnen.

Jetzt ist die günstigste Stunde, um zahlreiche neue Leser für unsere Presse zu werben!

Die Massen leiden schwer unter der furchtbaren Teuerung aller Lebensmittel. Die agrarische Zoll- und Grenzsperrpolitik zeigt schlimmer denn je ihre verheerenden Wirkungen. Das Unternehmertum aber denkt nicht daran, von seinen Profiten den Arbeitern zur Linderung der peinvollen Not abzulassen. Die Besitzer des Grund und Bodens und die Hausagrarier ziehen aus der Wohnungsnot des Volkes Wuchergewinne. Dazu kommt die fortdauernde Beunruhigung des Wirtschaftslebens durch gewinnsüchtige Kriegshetzer.

In solcher Zeit gärt es gewaltig in den Tiefen des Volkes. Leidenschaftlicher Unwille über die herrschende Mißwirtschaft ergreift die weitesten Kreise. Viele, die sonst teilnahmslos dahinlebten, können nun erweckt und zu Mitkämpfern für unsere Partei gewonnen werden! Es gilt, diese Zeit nach besten Kräften auszunützen!

Jeder Genosse und jede Genossin muß jetzt auf dem Posten sein und alles daransetzen, um für unsere Zeitung neue Leser und für unsere Partei neue Anhänger zu gewinnen!

Auf zur fleißigen, unermüdlichen Werbearbeit für das Blatt des arbeitenden Volkes, für den

„Lübecker Volksboten“.

Vor der Entscheidung!

Am morgigen Freitag, dem 29. September, treten die **Landtagswähler des Fürstentums Lübeck** an die Urne, um zu bestimmen, wer in den nächsten fünf Jahren ihre Interessen im Landtage in Oldenburg vertreten soll. Eine Reihe Kandidaten bewerben sich um die Mandate. Im südlichen Wahlkreis des Fürstentums haben sich die Liberalen koaliert mit den Agrariern, denen als Hauptbestandteil des schwarz-blauen Blocks der Kampf auch der Liberalen gelten sollte. Diese Herrschaften wollen anscheinend den schwarz-blauen Block nur dann bekämpfen, wenn sie dabei Geschäfte machen können. Wem es wirklich ernst ist mit der Bekämpfung des schwarz-blauen Blocks, der auch im Landtage seine unheilvolle Tätigkeit beim Wahlgesetz, beim Schul- und Steuergesetz entfaltet hat, der muß am Freitag die sozialdemokratischen Kandidaten wählen. Nur rückgratfeste Politiker, die ihrem Programm treu bleiben und nicht wie ein Rohr im Winde schwanken, dürfen vom Fürstentum in den Landtag entsandt werden.

Im Wahlkampfe hat man gegnerischerseits die schwersten Anschuldigungen gegen die Sozialdemokratie erhoben. Daß man uns der Antireligiosität, des Antimonarchismus und der Vaterlandslosigkeit zeiht, kann den „Politikern“, die ja mit ernsten Argumenten nicht arbeiten können, weiter nicht übel nehmen. So etwas ist man ja schon gewohnt. Daß aber selbst von liberaler Seite die Wähler damit gruselig gemacht werden, daß man ihnen sagt, die Sozialdemokratie wolle die Selbständigkeit des Fürstentums Lübeck aufheben, ist schon ziemlich stark. Die Sozialdemokratie lehnt es ab, die Frage der Selbständigkeit zur Wahlparole zu machen. Sie wird das Für und Wider eingehend prüfen und darnach ihre Entscheidung fällen. Die Interessen der Bevölkerung des Fürstentums werden ausschließlich bei Prüfung dieser Frage ausschlaggebend sein für die Entschließung der Sozialdemokratie.

Die morgige Wahl vollzieht sich unter einem neuen Wahlrecht, das insofern gegen früher eine Verbesserung erfahren hat, als die Wähler den oder die Abgeordneten direkt wählen und auch die Nichtoldenburger, ohne die oldenburgische Staatsangehörigkeit zu erwerben, das Wahlrecht haben, freilich erst nach einer dreijährigen Karenzzeit. Es geschieht dies nach einem Wahlrecht, das anderseits das Kainszeichen reaktionärer Klassenpolitik an sich trägt, die sich gegen die Arbeiter und deren politische Organisation, gegen die Sozialdemokratie richtet. Hat die Regierung schon dem Wahlgesetzentwurf dieses Kainszeichen angeheftet, so hat eine Mehrheit des Landtages, bestehend aus Vertretern des Bundes der Landwirte, ihren nationalliberalen Hörigen, die der Oldenburger Hauptmann der Bündler boshaft „die schwankenden Gestalten“ nennt, und den ultramontanen Abgeordneten aus dem Münsterland, es noch tiefer eingegraben. Sie hat das Doppelstimmrecht des Schwabenalters in das Wahlgesetz eingeschmuggelt und eine Wahlkreiseinteilung durchgesetzt, die ein Hohn auf Gerechtigkeit ist.

Gegen diese Wahlgesetzreform, die den Gegensatz zwischen Stadt und Land ebenso verschärft hat wie den Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und Bürgertum, gilt es am 29. September mit dem Stimmzettel zu protestieren und den Willen zum Ausdruck zu bringen, die „Reform“ baldmöglichst zu reformieren und das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht ohne Fälschung zu erkämpfen. Es gilt zu verhindern, daß eine solche reaktionäre Mehrheit wieder in den Landtag kommt.

Nicht nur die Verkümmerung und Vorenthaltung des vornehmsten politischen Rechts war die Tätigkeit dieser Mehrheit, sondern sie war auch bestrebt, das Sonderinteresse der Kreise, die sie vertrat, in der brutalsten Weise zu verfechten. Sie hat durch das neue Steuergesetz, durch die Ablehnung aller eine Entlastung der unteren, minderbemittelten Volksschichten in sich bergenden sozialdemokratischen Anträge bewiesen, daß sie nicht die Interessen der Allgemeinheit, sondern lediglich ihre und ihrer Klassengenossen Sonderinteressen vertritt.

Hiergegen muß am 29. September durch Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel protestiert werden.

Die reaktionäre Mehrheit des Landtages hat jeden Versuch, die Selbstverwaltung zu mehren, mit Anträgen zu deren Verschlechterung beantwortet. Sie war, wie z. B. die Frage der Aufhebung der Landwirtsschule in Varel zeigt, die Hüterin und Förderin der einseitigsten Kirchturmsinteressen. Fortgesetzt nach Ersparnissen in der Staatsverwaltung rufend, unterstützte sie die Verschwendung von Steuergroschen für Kirchturmsinteressen, nur um den heuchlerischen Ruhm zu wahren, die wahre Hüterin der landwirtschaftlichen Interessen zu sein.

Das beste Mittel, mit dieser volksfeindlichen Politik zu brechen, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse Oldenburgs in freiheitlichem, fortschrittlichem Sinne zu entwickeln, ist

sozialdemokratische Abgeordnete in den Landtag zu wählen.

Wähler, Arbeiter, Bürger und Landleute! Wählt am Freitag, dem 29. September, nur die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei.

Als solche sind aufgestellt:

für den nördlichen Wahlkreis — umfassend die Stadt- und Landgemeinde Eutin, die Gemeinden Neukirchen, Malente, Redingsdorf, Bosau, Siblin, Gleschendorf und Süsel —:

Maurer **O. Gloe** in Neudorf bei Eutin,
Unternehmer **Johs. Rebenstorf**-Eutin,

für den südlichen Wahlkreis — umfassend die Gemeinden West- und Ost-Ratekau, Gnissau, Flecken und Landgemeinde Ahrensbök, Kurau, Obernwohlde, Rensefeld, Schwartau und Stockelsdorf —:

Gärtner **Joh. Bull**-Ravensbusch,
Maurer **Heinr. Fick**-Stockelsdorf.

Wähler des Fürstentums Lübeck! Seid am Freitag alle auf dem Posten! Sorgt dafür, daß dem am kommenden Sonntag in Eutin zusammentretenden Parteitag für Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck die frohe Botschaft übermittelt werden kann: **Das Fürstentum Lübeck wird durch vier sozialdemokratische Abgeordnete im Oldenburger Landtage vertreten!**

An die Arbeit!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein konservatives Stichwahlangebot.

Aus Breslau wird dem „Berl. Tagebl.“ berichtet, daß die konservative Parteileitung dortselbst der fortschrittlichen Parteileitung in Breslau das Angebot eines Stichwahlabkommens für ganz Schlesien gemacht habe. Es kennzeichnet den Breslauer Liberalismus, daß nach der weiteren Meldung des genannten Blattes die Antwort noch aussteht. Nach Lage der Dinge soll für die fortschrittliche Parteileitung in Betracht kommen, daß nach dem Organisationsstatut der Partei die Entscheidung über Stichwahlparolen den einzelnen Wahlkreisen überlassen ist.

Wie auch immer die biederen Fortschrittler sich entscheiden mögen, es bleibt zu bedenken, daß die Tage des Hottentottenrummels vorbei sind und der unentwegte Liberalismus durch ein Zusammengehen mit den konservativen Volksfeinden höchstens den Rest des ihm etwa noch entgegengebrachten Vertrauens in der Bevölkerung verlieren kann.

Die Schraube ohne Ende.

Auf die Rede des Großadmirals v. Köster, der für eine Vermehrung der deutschen Flotte eintrat, ist nun prompt die englische Antwort erfolgt: Mac Kenna, der erste Lord der englischen Admiralität, hielt vor seinen Wählern eine Rede, in der er die angebliche Notwendigkeit einer weiteren Flottenverstärkung betonte, und sich dann besonders gegen Deutschland wandte. Er verwies auf seine im März getanenen Äußerungen im Unterhaus, wo er bekanntlich die Hoffnung aussprach, daß das englische Marinebudget nicht mehr vermehrt werden brauchte, wie immer, so wollte er aber nochmals betonen, daß sich die Aufwendungen für die englische Flotte danach richten müssen, was die anderen Mächte für ihre Schiffe ausgeben. Er kritisierte dann die Politik Deutschlands und sagte u. a. wörtlich:

„Seit dem Frontwechsel im Monat August bezüglich der Entschädigungen in Afrika hat England seinen Standpunkt nicht verlassen. Man darf in dieser gemäßigten Haltung nicht ein Zeichen der Schwäche sehen. Sie entspricht der Taktik der englischen Diplomatie, die von dem Verfahren in der Wilhelmstraße grundverschieden ist. In der Wilhelmstraße verlangt man viel, um wenig zu erhalten. In England wählt man mit dem ersten Wurfe seine Stellung, auf der man bis zum Ende kämpft. Sicherlich hat sich einiges in unserem Lande geändert, seitdem Deutschland seine Einschüchterungsversuche, mit denen es über die Russen in Persien, ja selbst über Groß-Britannien und Orient, siegreich gewesen ist, nunmehr auch auf Marokko übertragen hat.“

Diese Rede des englischen Marineministers wird den deutschen Flottentreibern sehr zu geeigneter Zeit kommen, auf sie werden sie die Forderungen auf vermehrte Flottenrüstungen stützen — und so weiter ohne Ende.

Der Gegenkandidat Bassermanns.

Das Zentrum will im Wahlkreis Saarbrücken, wo bekanntlich Herr Bassermann kandidiert, den Landtagsabgeordneten, Bergarbeiter Sauermann, als Reichstagskandidaten aufstellen. Zu dieser Arbeiterkandidatur ist das Zentrum natürlich aus taktischen Rücksichten gekommen. Nach Lage der Sache ist in diesen Wahlkreisen Herr Bassermann auf die Unterstützung der Sozialdemokratie angewiesen.

Die Lebensmittelteuerung.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat in seiner am Dienstag in Berlin stattgefundenen Sitzung sich mit der Frage befaßt, wie der Lebensmittelteuerung abgeholfen werden könne. Man sollte meinen, daß über den einzig möglichen Weg, nämlich Suspendierung der Zölle und die die Einfuhr hindernden Bestimmungen vollkommene Klarheit besteht. Der Vorstand des Städtetages hat aber erst eine Kommission gewählt, der die angeschnittene Frage zur weiteren Behandlung überwiesen werden soll, weil man erst die endgültigen Ernteergebnisse abwarten müsse. Mit diesem zögernden Verhalten werden sowohl die Regierung als auch die Agrarier sehr einverstanden sein, und es

scheint, daß auch die Vertreter der Städte erst dann zur Besinnung kommen werden, wenn der gegenwärtige Notstand sich zu einer förmlichen Hungersnot entwickelt hat.

Die Eisenbahn-Direktion Berlin hatte am Montag eine Konferenz veranlaßt, die sich mit einer billigen Lieferung von Kartoffeln an die Eisenbahnbeamten beschäftigte. Die außerordentlich starke Beteiligung an der Konferenz zeigte, wie sehr eine derartige Teuerung auch weite Kreise der Beamten erfaßt hat. Man beschloß, die Kartoffeln waggonweise unter Umgehung des Zwischenhandels direkt von den Landwirten zu beziehen und rechnet, daß es unter Berücksichtigung der Frachtermäßigung möglich sein werde, den Zentner Kartoffeln mit 3—3,50 Mark abgeben zu können.

Sinekuren.

In den letzten Tagen wurden die neuesten diplomatischen Veränderungen lebhaft erörtert und zwar um deswillen, weil der Posten eines preußischen Gesandten in Dresden und der eines Militärattachees in München neu besetzt worden sind. Über die diplomatische Tätigkeit der preußischen, bayrischen und württembergischen Gesandten in Berlin, München, Stuttgart usw. verliert man am besten kein Wort, denn es dürfte schwer halten, auch nur einen Anhalt für eine wirkliche Tätigkeit dieser Herren zu finden. Es sind einfach Repräsentationsstellen, die dem Volke außerordentlich viel Geld kosten und über die im besten Falle schlechte Witze gemacht werden. Was aber ein Militärattachee Preußens in München soll, das ist überhaupt nicht zu begreifen. So lange es ein stehendes Heer im heutigen Sinne gibt, ist es vom militärischen Standpunkte aus zu begreifen, wenn Militärattachees in den ausländischen Staaten unterhalten werden. Bayern ist aber ein Bestandteil des Deutschen Reiches und kann deshalb auch Preußen gegenüber nicht als ausländischer Staat angesehen werden. Nach dem Friedensschluß im Jahre 1870-71 ist allerdings bestimmt worden, daß Preußen einen Militärattachee in München unterhalten soll, der sich zu vergewissern habe, ob die Ausbildung der bayrischen Armee auch auf der gleichen Höhe stehe, wie die der übrigen deutschen Armeeteile. Heute hat das natürlich gar keinen Sinn mehr, weil gemeinsame Reglements bestehen, die im preußischen Kriegsministerium aufgestellt und von den Kriegsministerien in Dresden, Stuttgart und München einfach kopiert werden. Ein bayrischer Prinz ist sogar Armeeinspekteur und inspiziert in dieser Eigenschaft preußische Truppenteile. Unter diesen Umständen wäre es an der Zeit, die bei der Gründung des Reiches getroffene Bestimmung zwischen Preußen und Bayern einfach zu streichen und damit die völlige Beseitigung des preußischen Militärattachees in München herbeizuführen. Selbst Blätter vom Schlage der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" sehen sich bemüßigt, darauf hinzuweisen, daß solche Ernennungen geradezu Lächerlichkeit herausfordern.

Liberales Bündnis in Hessen.

Die Landesorganisationen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen in Hessen haben einen Vertrag abgeschlossen, der die Wahrung des gegenseitigen Besitzstandes in Kurhessen bezweckt. Im Wahlkreise Fritzlar-Homberg-Ziegenhain werden die Nationalliberalen den Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei, Handelskammer-Syndikus Dr. Laporte, unterstützen.

Achtung! Seckendorff kommt!

In einem Orte des Kreises Frankenstein (Schlesien) fand dieser Tage eine Versammlung statt, in der der sozialdemokratische Kandidat des Kreises sprach. Über den weiteren Verlauf der Versammlung teilt die „Deutsche Tageszeitung" mit:

„Ihm trat in der Diskussion Freiherr v. Seckendorff entgegen und erklärte am Schluß seiner eindrucksvollen Ansprache, daß er angesichts der ungeheuren sozialdemokratischen Gefahr, die unser Volk schließlich zur blutigen Revolution führen müsse, wenn man sie nicht mit allen Kräften bekämpfe, fortan in seinem näheren Wirkungskreise stets und überall gegen den roten inneren Feind in die Bresche springen werde. Er halte es für seine vornehmste Pflicht, nachdem auch die Staatsregierung, wie es scheine, den nötigen Widerstand vermissen lasse, seinerseits in allen Versammlungen in sachlicher, aber allerentschiedenster Weise der Sozialdemokratie entgegenzutreten."

Exzellenz Freiherr v. Seckendorff ist hoffentlich nicht so grausam, seine Tätigkeit auf seinen engeren Wirkungskreis zu beschränken. Allüberall in Deutschland müßte er auftreten, der Ruf: „Seckendorff kommt!" würde gewiß genügen, die Versammlungssäle zu füllen. Solche Männer braucht das gefährdete Vaterland! Also los!

Eine mißglückte Staatsaktion im freien Hessen.

In Offenbach wirkt ein Kreisschulinspektor namens Hofmann, dem es der reaktionäre Wind, der seit dem Amtsantritt des neuen Darmstädter Schulmonarchen v. Süffert im Schulwesen des freien Hessen weht, mächtig angetan hat. Er glaubte, im Frühjahr die Zeichen der neuen Zeit verstanden zu haben, als er gegen den Offenbacher Volksschullehrer Peter eine Disziplinaruntersuchung eröffnete, weil dieser unserm Offenbacher Parteiblatt künstlerisch wertvolle und in weiteren Kreisen beachtete Musikkritiken geliefert hatte. Auch dem Vorstand des Offenbacher Lehrervereins sollte es nach den Wünschen des Herrn Hofmann an den Kragen gehen, weil dieser Versammlungsanzeigen und Versammlungsberichte dem „Offenbacher Abendblatt" zur Verfügung gestellt hatte. Und dem gleichen Schicksal sollte eine Anzahl anderer Lehrer verfallen, weil sie ebenfalls im „Offenbacher Abendblatt" Artikel geschrieben haben und zwar, schrecklich zu sagen, gegen den hochmögenden Herrn Schulgewaltigen in Offenbach und Darmstadt. Nun sind Hofmanns Hoffnungen zerronnen. Das hessische Ministerium, an das Hofmann die Akten abgegeben hatte, hat es nicht gewagt, die hessische Reaktion durch einige Scheiterhaufenverfahren bis auf den letzten Knochen zu blamieren, und hat die Fortführung des Disziplinarverfahrens als unzweckmäßig abgelehnt. — Wir sind nicht Optimisten genug, um zu glauben, daß die Wetterfahne im hessischen Schulministerium sich nun wieder nach links drehen wird. Es war eben nur die Furcht vor der ungeheuerlichen Blamage, die verhütete, daß man in Darmstadt dem Zug des Herzens folgte.

Der Termin der Reichsversicherungsordnung.

Wie dem „Zentralblatt der Reichsversicherungsordnung" (Frankfurt) von bestinformierter Seite mitgeteilt wird, ist infolge der Schwierigkeiten, die sich bei dem Entwurf der Ausführungsbestimmungen für den Vollzug der Reichsversicherungsordnung teils bei den Reichsbehörden, teils bei den Landesbehörden ergeben haben, der Termin für das Inkrafttreten des neuen Gesetzes vom 1. Juli 1912 (wie anfangs beabsichtigt), zum 1. Januar 1913 verschoben worden; die Überleitung der bevorstehenden Vorschriften in die neu erforderlichen beanspruche so viel Zeit, daß ein früherer Zeitpunkt ausgeschlossen erscheine. Das hätten auch die Arbeiten ergeben, die im Anschluß an die Neuregelung der unständigen Arbeiter (Hausgewerbetreibende) notwendig geworden sind. Den jüngst im Reichsversicherungsamt in Anwesenheit hervorragender Praktiker des Krankenkassenwesens zur Ausarbeitung gelangten Musterstatuten für Krankenkassen ist der 1. Januar 1913 als Termin bereits zugrunde gelegt worden.

Mordwerkzeuge.

Welchen Umfang die moderne Kriegstechnik angenommen hat, dafür wird jetzt wieder ein Beispiel aus England geliefert. Aus London wird unter dem gestrigen Tage gemeldet:

„Gestern abend ist der Super-Dreadnought „Orion" von seinen Schießübungen nach Portsmouth zurückgekehrt. Er hat Geschütze von 13½ Zoll. Zuerst wurden die einzelnen Geschütze und dann mit voller Ladung alle zusammen abgefeuert. Das Abfeuern geschah durch Druck auf einen elektrischen Knopf. Sämtliche Deckmannschaften und die Bedienungsmannschaften hatten die Ohren durch Binden geschützt. **Der ganze Schiffskörper erbebte heftig, erlitt aber keinen Schaden.** Das Küchengeschirr war vorsichtigerweise weggepackt worden; was vergessen war, ging in Stücke. **In den Kabinen barsten die Deckel der Konservenbüchsen. Das dicke Glas der Deckfenster zerstob in Splitter. Auf 12 Meilen Entfernung, etwa 19 Kilometer, erbebten die Häuser."**

Mit solchen Mordwerkzeugen, die geradezu verheerend wirken, werden künftige Seeschlachten geschlagen. Muß sich da nicht jedem denkenden und fühlenden Menschen die Überzeugung aufdrängen, daß unter diesen Umständen schon der Gedanke an einen Krieg zwischen zwei großen Mächten ein wahnwitziger ist?

Angesichts dieser Tatsachen erhebt die Sozialdemokratie lauter denn je den Ruf:

Fort mit dem Krieg!

Schlichtet etwaige Differenzen zwischen den Völkern durch ein internationales Schiedsgericht!

Dänemark.

Der Straßenbahnerkampf und seine Folgen. Der mit äußerster Schärfe von den Arbeitern durchgeführte Boykott der Straßenbahnen in den Vororten Kopenhagens, der bekanntlich auch zu wiederholten Zusammenstößen mit der Polizei führte, die sich während des ganzen Kampfes als dienstwillige Schutztruppe für die Unternehmerinteressen gebärdete, ist nun aufgehoben worden. Nachdem das staatliche Schiedsgericht für Arbeitsstreitigkeiten die Direktion der Straßenbahnen und damit auch den Arbeitgeberverein wegen Bruchs des Übereinkommens zwischen Arbeitern und Unternehmern vom Jahre 1899, worin den Arbeitern das Streikrecht garantiert ist, verurteilt hatte, blieb für die Direktion der Straßenbahnen kein anderer Ausweg, als den staatlichen Vermittler um die Anbahnung eines Vergleichs zu ersuchen. Anders war es nicht möglich, den die Straßenbahngesellschaften arg schädigenden Boykott zum Stillstand zu bringen. Der Vergleich ist denn nun auch in einer für die Gesamtarbeiterschaft befriedigenden Weise zustande gekommen, nachdem die Direktion den bisher streikenden Straßenbahnern das Recht auf Streik ausdrücklich zusicherte und das Verlangen auf Stellung einer Kaution fallen ließ.

Der Streik der Straßenbahner selbst mußte schon in den ersten Wochen als verloren betrachtet werden, und die Arbeiter wollten unter den früheren Bedingungen auf ihre Plätze zurückkehren. In ihrem Siegesrausch aber stellte die Direktion Bedingungen, die als eine Beleidigung der Gesamtarbeiterschaft aufgefaßt werden mußten, weshalb denn auch der Boykott über die Staßenbahnen verhängt wurde, dessen Wirkung gegenüber der Siegesrausch recht bald verflog. Für die Straßenbahner selbst, die den Streik, ohne erst mit der Gesamtorganisation der Arbeiterschaft Rücksprache zu nehmen, auf eigene Faust unternommen hatten, ist der Ausgang des Kampfes kein materieller Gewinn, dagegen hat die Kopenhagener Arbeiterschaft im allgemeinen einen prinzipiell wichtigen Sieg verfochten, indem auch für die Zukunft einer Arbeiterkategorie, der man das Streikrecht nicht zugestehen wollte, dieses Recht erhalten bleibt. Das ist das Fazit des mit einer in Dänemark ungewohnten Heftigkeit geführten Kampfes; andererseits hat die Kasse des Arbeitgebervereins ein recht tiefes Loch erhalten, denn der Schaden, den der Boykott den beiden Straßenbahnen verursachte und den der Arbeitgeberverein zu decken hat, beträgt schlecht gerechnet mindestens 150 000 Kronen.

Im übrigen führte dieser Kampf und die infolgedessen stattgefundenen Zusammenstöße mit der Polizei zu einem Streit innerhalb der dänischen Partei. Der Richtung der Revisionisten, die noch immer an der Allianz mit den Bürgerlich-Radikalen klebt, waren die scharfen Kämpfe der letzten Zeit in der Hauptstadt sehr unangenehm, weil diese die Anpassungsbestrebungen an die bürgerliche Linke durchkreuzten. Dem gab der Abgeordnete Genosse Marott am letzten Freitag öffentlich Ausdruck, indem er sagte, daß die Schuld an der Nichteroberung des Odenser Wahlkreises bei der am Freitag stattgefundenen Ersatzwahl (unser Kandidat blieb mit wenigen Stimmen hinter dem Konservativen zurück) lediglich an den Vorgängen der letzten Zeit in der Hauptstadt liege, wodurch die bürgerlichen Elemente, die mit uns sympathisierten, von der Sozialdemokratie abgestoßen wurden. Aber die am Sonntag stattgefundene Sitzung des Gesamtvorstandes der dänischen Partei desavouierte Marott und seine Hintermänner und gab in einer Resolution das Einverständnis mit der Haltung der Kopenhagener Arbeiter und deren Organ, „Sozialdemokraten", in diesem Kampfe zu erkennen.

Und gerade in Odense, dem Wohnsitz des Abgeordneten Marott, ist eine Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien am allerwenigsten am Platze. Am Tage der Ersatzwahl steckte am Hause, wo unser Parteiorgan sein Domizil hat, die dänische Nationalflagge. Ein des Weges kommender Offizier riß die Flagge herunter mit der Begründung, daß an einem sozialdemokratischen Gebäude keine dänische Flagge wehen dürfe. (Ganz unrecht hat der Mann übrigens nicht!) Ein Arbeiter, welcher den Offizier hindern wollte, wurde von ihm verprügelt. Auch ein Schutzmann, der dazu kam, erhielt Prügel. In Odense erlauben sich die Offiziere so ziemlich alles und die konservativen Bürger schweigen dazu. In keiner dänischen Garnisonstadt ist die Soldateska so anmaßend, wie hier. Am Wahltage erhielt eine Kompagnie Order, sich in der Kaserne bereitzuhalten für eventuelle Fälle; scharfe Munition war an die Soldaten ausgeteilt, alles war fertig zum Dreinhaun und Schießen. Weshalb weiß kein Mensch. Wäre unser Kandidat gewählt worden und die Arbeiter hätten sich irgendwo in größerer Anzahl versammelt, dann hätten sich am Freitag abend die Zusammenstöße von Kopenhagen in Odense wiederholt, und zwar wäre es hier viel schlimmer hergegangen. Solche Zustände beseitigt man wirklich nicht durch die Allianz mit einem zaghaften, phrasenvollen, radikalen Spießbürgertum; hier ist die Sozialdemokratie völlig auf sich selbst angewiesen. Und dem hat der Hauptvorstand der dänischen Partei am Sonntag deutlich Ausdruck gegeben.

Schweden.

Die Wahlen zur Zweiten Kammer des Reichstages, die zum ersten Male nach dem Proportionalsystem auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts stattfanden, nahen sich ihrem Abschluß. Von 230 Wahlen sind 204 bekannt. Davon erhielten die Rechte 61, die Linke 87, die Sozialdemokraten 56. Im vorigen Reichstage hatten die Rechte 93, die Linke 102 und die Sozialdemokraten 35 Mandate. In Stockholm wurden gewählt, der Führer der Linken, der ehemalige Konseilpräsident Staff, der jetzige Konseilpräsident Lindmann und der Führer der Sozialdemokraten Branting. Die gesamte Presse betrachtet den Kabinettswechsel als bevorstehend. Chef des neuen Kabinetts wird wahrscheinlich Staff. Der König kehrt am Freitag von Schonen nach Stockholm zurück. Die Sozialdemokraten erklären, daß sie nicht in das neue Kabinett eintreten wollen. Sie verlangen Gelegenheit, die Ministerliste zu billigen, damit nicht allzu ausgeprägte Mitglieder der Rechten in das Kabinett aufgenommen werden.

Norwegen.

Die Soldatenunruhen. Die norwegischen Kriegsgerichte haben gegenwärtig alle Hände voll zu tun, um die Teilnehmer an den im Sommer vorgekommenen Demonstrationen gegen die Offiziere zu verurteilen. Man sucht eifrig nach den sogenannten Rädelsführern, und gewöhnlich findet man auch einige, die durch ihre Zugehörigkeit zu dem sozialistischen Jugendbund, der eine äußerst energische Agitation gegen den Militarismus entfaltet, schon im voraus „verdächtig" sind. Auf diese „Beweise" hin hat man bereits mehrere Soldaten verurteilt, teilweise sogar zu mehrjährigem Gefängnis. Man glaubte, und die konservative Presse bestärkte die Kriegsgerichte in diesem Glauben, daß drakonische Urteile die Soldaten abschrecken würden. Aber das genaue Gegenteil bewirkten diese Urteile. Die sozialdemokratische Partei Norwegens hat eine Sammlung für die Opfer der Militärjustiz eingeleitet und die Beiträge gehen zahlreich, besonders von den Soldaten, ein. In einem Schreiben erklärten sie, daß sie sich trotz allem nicht länger schikanieren lassen wollten, sondern sie verlangen, als Menschen behandelt zu werden. Dieses selbstbewußte Auftreten der Soldaten hat jetzt anscheinend auch die Kriegsgerichte bedenklich gemacht, und ihre Urteilssprüche sind in den letzten Tagen ganz anders ausgefallen. Der Dragoner-Abteilung, die das Gefängnis stürmte und einen Kameraden befreite, wurde kein Haar gekrümmt; vier Dragoner, die als Rädelsführer angeklagt und gegen die drei Jahre Zuchthaus beantragt waren, wurden freigesprochen. Dagegen sind mehrere Offiziere wegen vorschriftswidriger Behandlung der Mannschaften bestraft worden. Die ganze Dragonerabteilung war als Zeuge erschienen, aber nicht ein einziger sagte etwas Belastendes gegen die angeklagten Kameraden aus. So mußten sie wegen „Mangels an Beweisen" freigesprochen werden. Die konservative Presse ist natürlich wütend und fordert Verurteilungen auf alle Fälle, weil sie glaubt, auf diese Weise die sehr erschütterte Disziplin in der norwegischen Armee wieder herzustellen.

Türkei.

Der italienisch-türkische Konflikt. Ein außerordentlicher Ministerrat beschloß, für den Fall, daß Italien wider Erwarten Tripolis doch zu besetzen versuche, folgendes: 1. In Tripolis gegen Italien bis auf den letzten Mann zu kämpfen; 2. die Ausweisung aller Italiener aus der Türkei; 3. den Italienern die Kapitulationsrechte in der Türkei zu entziehen. — Weiter wurde auch über Militärtransporte Beschluß gefaßt; darüber wird jedoch Stillschweigen beobachtet.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 28. September.

Wahrheit und Gerechtigkeit, auch gegen einen Gegner, ist die erste Pflicht des Mannes! So sagte der Kandidat des Reichsverbandes und der bürgerlichen Parteien, Julius Klein, am Montag abend in der Volksversammlung im Gewerkschaftshaus. Er richtete diese Forderung, ohne daß ein Grund dafür vorlag, an die Sozialdemokratie. Von einem ganz in der Nähe sitzenden Genossen erfolgt darauf der Zuruf: „Zweibeinige Tiere in Uniform!" Herr Klein, der sonst jeden Zwischenruf in der ihm eigenen Manier mehr oder weniger geistreich zu verwerten suchte, war in diesem Falle plötzlich taub geworden; wenigstens reagierte er mit keinem Wort auf die bekannten „zweibeinigen Tiere!" Und er tat gut daran. Denn dieses eine Beispiel zeigt schon mit wünschenswerter Deut-

lichkeit, daß die Forderung nach Wahrheit und Gerechtigkeit auch dem Gegner gegenüber in erster Linie an die Adresse der Freunde des Herrn Klein gerichtet werden muß. Diese waren es, die im letzten Wahlkampf den Wählern vorlogen, Liebknecht habe die Soldaten als zweibeinige Tiere in Uniform beschimpft. Die Lügen, die Sozialdemokratie wolle die Ehe und Familie abschaffen, die Sozialdemokratie wolle Deutschland wehrlos machen, die Sozialdemokratie verfüge über den Geldbeutel der Arbeiter, die Sozialdemokratie mache Arbeiter wegen ihrer Überzeugung brotlos; diese und noch viele andere Lügen und Verleumdungen kamen in den Flugblättern vor, in denen zur Wahl Kleins aufgefordert wurde. Und da wagt es ausgerechnet Klein, die Sozialdemokratie zur Wahrhaftigkeit zu ermahnen. Vielleicht ist er der Ansicht, daß eine solche Mahnung bei seinen Freunden doch nichts fruchten würde. Schließlich sei noch daran erinnert, daß in dem Wahlprotest der bürgerlichen Parteien gegen die Wahl unseres Genossen Schwartz die Sozialdemokratie ohne Spur von Beweis der systematischen Wahlfälschung verdächtigt wurde. Unter diesem schmutzigen Pamphlet prangten auch die Namen der Liberalen A. Pape und B. Dühring. Wir wollen es mit diesen kleinen Beispielen der liberalen „Wahrheitsliebe" bewenden lassen. Nur Herrn A. Pape gegenüber, der am Montag in der Versammlung bestritt, daß die Liberalen an dem Wahlrechtsraub mitgewirkt haben, möchten wir daran erinnern, daß es u. a. die Liberalen Stiller, Professor Baethcke und auch der gegenwärtige Vorsitzende der liberalen Volkspartei Dr. Görtz gewesen sind, die für die Volksentrechtung eintraten. Es wäre also gut, wenn Herr Pape zunächst sein Gedächtnis schärfen würde, ehe er anderen Unkenntnis der Verhältnisse vorwirft und Dinge bestreitet, die ihm eigentlich bekannt sein sollten.

Der Abwehrkampf gegen die Milchverteuerung muß von der Bevölkerung Lübecks mit noch größerer Energie als bisher geführt werden. Die Gründe, welche für die Milchverteuerung angeführt wurden: Seuche und Dürre, bestehen nicht mehr. Die Milchproduzenten sind also jetzt durchaus in der Lage, wieder auf die alten Preise zurückzugehen. Wenn sie das nicht freiwillig tun wollen, so muß man sie dazu zwingen, und das ist nur **durch strikte Meidung der Milch** möglich. Alle von der Landwirtschaft erzeugten Produkte haben gegenwärtig eine von den Arbeitern fast unerschwingliche Preishöhe erreicht. Und da will man auch noch die Milch dauernd verteuern. Das darf nicht geschehen! Deshalb lautet die Parole: **Keinen Tropfen verteuerte Milch!**

Die allgemeine Volksschule wird oft mit dem Hinweis auf die sittlichen Gefahren bekämpft, in die sie die „wohlerzogenen Kinder der besser gestellten Kreise" bringt. Man kann es, heißt es da, wohl den Eltern wahrlich nicht verdenken, wenn sie ihr Liebstes, ihre Kinder nicht auf Jahre hinaus Tag für Tag dem unkontrollierbaren Umgang mit einer wahllos zusammengesetzten Kinderschar ausgesetzt wissen wollen. Dieses Bedenken ist als Ausdruck ernster Elternsorge wohl verständlich, stichhaltig ist es aber nicht, und gegen die allgemeine Volksschule spricht es nicht. Wenn wir auch Kinder gern Kinder sein lassen und nicht gleich aus jedem törichten Kinderstreich den beliebten Schluß auf die Verdorbenheit der Jugend ziehen, das erkennen auch wir ohne weiteres an: die Tatsache besteht, daß Kinder zu einer sittlichen Gefahr für ihre Spiel- und Schulgenossen werden können, und es ist Pflicht der Schule, die ihr übergebenen Kinder, die Kinder der ärmeren Volkskreise natürlich, ebenso wie die der reicheren, vor dieser Gefahr nach Kräften zu behüten. Das aber wird doch wohl niemand behaupten wollen, daß solche sittliche Gefährdung von den Kindern der sogenannten unteren Stände, von den Kindern aus dem Hinterhaus oder aus der Mietskaserne ausschließlich oder auch nur besonders häufig ausgehe. Es ist bei den Kindern wie bei den Erwachsenen: moralisch brüchige Naturen sind in allen Ständen zu finden, mit dem Range oder mit dem Einkommen des Vaters hat das nichts zu tun. Darum ist auch dem Übel, das so viele Eltern zunächst bedenklich stimmt, nicht durch Trennung der Kinder nach dem Stand oder nach dem Vermögen der Eltern beizukommen. Man wird vielmehr mit allem Nachdruck verlangen müssen, daß die Schule solche Schädlinge aus dem Schul- und Klassenverband überhaupt ausscheidet. Verwahrloste oder gar verbrecherisch veranlagte Kinder gehören nicht in die Volksschule, sondern in besondere Anstalten. An Mitteln zum Ausschluß solcher Schädlinge fehlte es der Schule auch da nicht völlig, wo die Fürsorgeerziehung überhaupt noch nicht oder doch nicht ausreichend gesetzlich geordnet ist. Im übrigen wird ja auch in der allgemeinen Volksschule die Aufsicht des Erziehers, das Auge des Lehrers dafür zu sorgen suchen, daß schlechte Neigungen einzelner Kinder nicht aufkommen oder doch nicht für die Dauer unheilvoll für andere werden können. Auch in der allgemeinen Volksschule wird der Lehrer in diesem Bemühen von dem sittigenden Einfluß, der von den wohlerzogenen Kindern ausgeht, und von dem sittigenden Einfluß der Klassengemeinschaft wirksam unterstützt werden. Gerade die Eltern, die ihre Kinder vor jeder schlechten Gesellschaft im Hofe oder auf der Straße zu bewahren suchen, könnten damit beruhigt sein; wissen sie doch ihr Kind außerdem noch durch die häusliche Erziehung von einem Schutzwall gegen das Schlechte umgeben.

Gewerbeschule. Im Winterhalbjahr beginnt der Unterricht: a) für die Lehrlinge, welche die Schule im Sommerhalbjahr 1911 besuchten, am Montag, dem 9. Oktober 1911, b) für die Lehrlinge, welche die Gewerbeschule nur im Winter besuchen, am Montag, dem 16. Oktober 1911. Die Lehrlinge, welche die Schule nur im Winterhalbjahr besuchen, sind durch die Lehrmeister in der Zeit vom 5. bis 12. Oktober schriftlich anzumelden. Anmeldebögen können in der Kanzlei entgegengenommen werden. Bei den unter a genannten Schülern bedarf es keiner Anmeldung. Sie haben sich zu den im Sommerstundenplane festgesetzten Zeiten zum Unterricht einzufinden.

Umzugsregeln. Nachstehend sei darauf hingewiesen, was der Umziehende in seinem eigenen Interesse und zur Erleichterung für andere Beteiligte mit geringer Mühe ganz besonders beachten soll. Vor allem ist es nötig, den Personen, mit den man in regelmäßigem, geschäftlichem Verkehr steht, rechtzeitig von der Wohnungsveränderung Kenntnis zu geben. Hier kommen hauptsächlich in Betracht der Briefträger, der Zeitungsbote, die Gasinspektion und die Feuerversicherung. Bricht nach dem Umzug in der neuen Wohnung Feuer aus und der Wohnungswechsel ist der Feuerversicherung noch nicht gemeldet, so kann man, wenn die Gesellschaft sich streng nach dem Buchstaben des Vertrages richtet, jeder Entschädigung verlustig gehen. Vorteilhaft ist es, möglichst bald mit dem Inhaber der zu beziehenden Wohnung Fühlung zu nehmen, wann die Wohnung frei wird. In dieser Beziehung kann man sich durch Entgegenkommen auf beiden Seiten die Unannehmlichkeiten des Umzuges bedeutend erleichtern. Wo der Umzug an beiden Stellen gleichzeitig stattfindet, soll man wenigstens einen kleinen Raum frei machen und denselben der anderen Partei rücksichtsvoll zur Verfügung stellen. Der Umzug bietet die beste Gelegenheit, sich allen zwecklosen Krams, der auf dem Boden, im Keller und in der Wohnung selbst aufgestapelt wird, zu entledigen. Eine alte Unsitte ist es, kurz vor dem Umzuge die zahlreichen Nägel und Haken an den Wänden ohne Schonung wild herauszureißen und dabei große Löcher zu brechen. Auch das kann doch mit der nötigen Rücksicht auf den Einziehenden geschehen. Denn bekanntlich ist nicht jeder Hauswirt geneigt, sofort nach dem Einzug neu tapezieren zu lassen. Überhaupt steht es ja im Mietvertrag, beim Auszuge dem Wirt die Wohnung so zu übergeben, wie man sie erhalten hat. Wer also erheblichere Veränderungen am Mauerwerk und im Holz vornahm, ist verpflichtet, den ehemaligen Zustand wieder herzustellen. Endlich vergesse man nicht, die alte Wohnung einigermaßen reinlich zu übergeben, damit man nicht als Schmutzfink verschrien wird, und sofort nach dem Bezug der neuen Wohnung das Namensschild anzubringen. Post- und Zeitungsboten finden sich dann ohne langes Suchen und Nachfragen zurecht.

Die Bestellungen auf das Protokoll des Jenaer Parteitages müssen bis Dienstag abend im Parteisekretariat bewerkstelligt werden. Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins erhalten das Protokoll zum Selbstkostenpreis. — Gleichfalls sei darauf hingewiesen, daß auch Bestellungen auf die Literatur zum Vortrags-Kursus des Genossen Dr. Duncker entgegenommen werden.

Neuer Landrichter. Der Senat hat den Amtsgerichtsrat Fritz Stiebeling unter Verleihung des Titels „Landgerichtsrat" zum Landrichter am Landgerichte der freien und Hansestadt Lübeck und des Großherzoglich Oldenburgischen Fürstentums Lübeck ernannt und sein Amtsantritt auf den 1. Oktober 1911 festgesetzt.

Konkurseröffnung. über das Vermögen des Uhrmachers August Karl Büttner in Lübeck, Hüxstraße 32, ist am 27. September 1911, nachmittags 12½ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Kaufmann D. v. Schack in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 27. Septbr., morgens 6 Uhr: Wasser 15, Luft 13, morgens 10 Uhr: Wasser 15, Luft 15; mittags 12 Uhr: Wasser 15½, Luft 21; abends 6 Uhr: Wasser 16, Luft 17 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 100 männliche (darunter — Klasse mit — Schülern) und 80 weibliche Personen.

pb. **Wer ist der Eigentümer?** Festgenommen wurde ein zugereister Seemann, Maschinist, der auf den Namen Paul Appelt, geb. am 21. September 1880 zu Rostock i. M. lautende Papiere bei sich führte. Derselbe hat gestern in einer hiesigen Wirtschaft ein Fahrrad verkauft, über dessen Erwerb er jegliche Angabe verweigert. Es ist daher anzunehmen, daß das Fahrrad von einem Diebstahl herrührt. Das Fahrrad führt die Marke „Allricht" und die Fabriknummer 228 251, es ist ohne Freilauf und Rücktrittbremse, hat schwarzes Gestell, schwarze Felgen und nach oben gebogene Lenkstange. An der Gabelstange befindet sich dicht unter der Lenkstange die Bezeichnung „Mod. 60" und auf einem Firmenschild ist die Aufschrift „Allricht-Köln-Lindenthaler Metallwerke A.-G." vorhanden. An der Gabel des Hinterrades befindet sich ein Sicherheitsschloß und an der Gabel des Vorderrades ist eine Öllaterne angebracht. Auf dem Sattel befinden sich die Buchstaben „C. L." eingepreßt. Das Fahrrad befindet sich im Bureau der Kriminalpolizei.

pb. **Diebstahl.** Am Montag, dem 25. d. M. ist von einem im hiesigen Hafen liegenden Dampfer ein schwarzes Fernglas in Form eines Opernglases gestohlen worden. An den Schieberöhren befindet sich die Bezeichnung „Schiffergesellschaft 1911 Lübeck" eingraviert.

Hansatheater. über das am Sonntag beginnende Segommer Gastspiel schreibt das Hallesche „Volksblatt": Wer Segommer in seinen Darbietungen gesehen, wird ausnahmslos sein Lob verkünden: die beste Reklame. In der Tat sind seine Leistungen so hervorragende, daß er jedermann dadurch in Erstaunen versetzt. In der Vielseitigkeit fast ein zweiter Silvester Schäffers jun.; aber wieder ein anderer in der ganzen Aufmachung seiner Kunst. Segommer ist in erster Linie ein Bauchredner, der von niemand übertroffen wird. Wie er in der Szene „Zeppelin kommt" seine Figuren, einen Offizier, einen Arzt, Herrn Schmitz aus Köln, einen vagabundierenden Künstler, eine Sennerin usw. darstellend reden läßt, ist einfach verblüffend. Dann präsentiert er sich wieder als vorzüglicher Blitzverwandlungskünstler. Unvergleichlich ist er als Tierstimmen-Imitator. Weiter wartet er mit Zauberkunststücken auf und bereitet den Zuschauern das Vergnügen, die frappierenden Täuschungen enthüllt zu sehen. Auch als Schnellzeichner hat es Segommer zu einer bedeutenden Virtuosität gebracht. Alle seine Vorführungen fanden stürmischen Beifall.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Infolge plötzlicher Heiserkeit des Herrn Kollwitz hat der Kammersänger Herr Alois Pennarini vom Hamburger Stadttheater die Partie des „Turiddu" in der heutigen Aufführung der Oper „Cavalleria rusticana" übernommen. Morgen, Freitag, geht die Novität „Eine Frau ohne Bedeutung", Komödie von Oskar Wilde zum ersten Male in Szene. In den Hauptrollen sind die Damen Bethke, Wuttke, Laudien, Römer, Gerlach sowie die Herren Kroß, Schürer, Albert, Heydecker beschäftigt. Die Inszenierung liegt in Händen des Herrn Direktor Fuchs.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Freitag abend 8 Uhr gelangt als Eröffnungs-Vorstellung der neuen Spielzeit die Operette „Die Dollarprinzessin" von Leo Fall zur Aufführung. — In Vorbereitung für Sonntag befindet sich die lustige Posse „Pension Schöller" von Laufs sowie die Schwank-Novität „Ein Idyll auf dem Priwall" von Albert, welche ihre Uraufführung erlebt.

Travemünde. Parteiversammlung. Der Vorstand der hiesigen Ortsgruppe des Sozialdemokratischen Vereins hat beschlossen, die Mitgliederversammlungen in Zukunft abwechselnd in den Lokalen von Dortmundt und Gebert (Kolosseum) abzuhalten. Die nächste Versammlung findet schon am kommenden Sonntag, nachmittags 4 Uhr, im Lokale von Gebert statt. Der Parteisekretär Genosse Bromme-Lübeck wird einen Vortrag halten. Wir ersuchen die Genossen und Genossinnen, vollzählig in der Versammlung zu erscheinen.

Eutin. Ein ernstes Wort in letzter Stunde. So lautete das Thema einer überfüllten Volksversammlung, die am Mittwoch im Lokale des Herrn P. Schröder tagte. Genosse Stelling-Lübeck setzte sich in eingehender Weise mit den Angriffen der Gegner gegen die Sozialdemokratie im Landtagswahlkampf auseinander. Er schenkte insbesondere Herrn v. Levetzow, dem Bundeshäuptling, welcher die Sozialdemokratie als vaterlandslos, antichristlich und antimonarchisch bezeichnet hatte, nichts. Sodann ließ er kurz die Arbeiten des kommenden Landtags Revue passieren und forderte zur regen Wahl für die sozialdemokratischen Kandidaten auf. An der Debatte beteiligten sich die beiden Landtags-Kandidaten Rebenstorf und Gloe. Nach einem kurzen Schlußworte des Referenten und des Vorsitzenden, Genossen O. Junge, erfolgte Schluß der Versammlung.

Kiel. Eine Interpellation über die Teuerung beschäftigte die Sitzung der Kieler Stadtkollegien. Die beiden Stadtverordnetenvorsteher Dr. Ahlmann und Justizrat Döring baten den Magistrat um Auskunft darüber, was er gegenüber der „vielleicht eintretenden Teuerung der Lebensmittel in Kiel für abwehrende Schritte zu tun gedenkt". Wenngleich in Schleswig-Holstein eine bessere Kornernte erzielt worden sei als im Osten und Westen des Reiches und das Angebot von Vieh in der Provinz vorläufig noch größer sei als die Nachfrage, so stehe doch zu befürchten, daß der Notstand auch auf Schleswig-Holstein übergreifen werde. An den Magistrat wurde daher die Frage gerichtet, ob er bereit sei, in einer Kommission die Frage mit zu prüfen, ob es irgend welche städtischen Maßregeln gibt, den befürchteten Einwirkungen entgegenzutreten. Der Oberbürgermeister antwortete in bejahendem Sinne. Er wies darauf hin, daß der Vorstand des Städtetages bereits am 19. September die Absendung einer Petition an die obersten Reichsinstanzen beschlossen und dieses auch bereits erledigt habe. Die Anfrage des Stadtverordnetenvorstehers finde die freudige Zustimmung des Magistrats. Von unseren Genossen wurde darauf hingewiesen, daß die Teuerung bereits gegenwärtig eine große sei. Die Schädlichkeit der Einfuhrscheine wurde ebenfalls besprochen. Seitens der Arbeitervertreter wurde der untenstehende Antrag eingebracht, um der Kommission als Material mit überwiesen zu werden. Einstimmig wurde dann beschlossen, eine aus zwei Magistratsmitgliedern und drei Stadtverordneten bestehende Kommission mit der weiteren Behandlung der Sache zu betrauen. Die Anträge unserer Genossen lauten: A. Der Magistrat wird ersucht, im Namen beider Kollegien in Rücksicht auf die in Kiel herrschende Notlage der Bevölkerung und die noch zu erwartende starke Zunahme der Teuerung an die zuständigen Regierungen eine Petition zu senden, in der gefordert wird: 1. die Suspension der Lebensmittelzölle, 2. die Aufhebung aller Vieh- und Fleischeinfuhrverbote, 3. die Aufhebung des Systems der Einfuhrscheine. B) Die Schaffung einer vorläufigen Kommission zur Milderung der Lebensmittelteuerung, welche vor allem die Fragen zu prüfen hat, wie in der Stadt Kiel 1. die Beschaffung billigen Fleisches, 2. die Beschaffung billiger Kartoffeln, 3. der Großimport von Gemüse in die Wege geleitet werden kann. C) Die größte Beschleunigung bei dem Bau des Fischpavillons auf dem Dreieckplatz und des Fischröstladens in der Fischhalle ist unbedingt erforderlich und der Magistrat wird ersucht, entsprechende Maßnahmen zu treffen. D) Die Beträge, welche für die Armenunterstützung angesetzt sind, werden in Rücksicht auf die herrschende Teuerung erhöht. E) Der Magistrat wird ersucht, für den Winter und das Frühjahr Notstandsarbeiten vorzubereiten.

Altona. Lebendig begraben. Die 19 Jahre alte Schnitterin Joanina Kawalaczinska aus Rußland war auf dem Gute Kogel in Lauenburg beschäftigt gewesen. Sie brachte dort ein Kind zur Welt, verscharrte es aber gleich nach der Geburt in einer Sandgrube. Später fand man es und durch die Sektion wurde festgestellt, daß das Kind lebensfähig gewesen, aber in dem Sand erstickt war. Die Staatsanwaltschaft leitete nun das Verfahren wegen Kindesmordes ein. Aber man überzeugte sich, daß die K. nicht gewußt hatte, daß das Kind wirklich lebte. Sie wurde deshalb von der Strafkammer nur der fahrlässigen Tötung und der Beiseiteschaffung einer Leiche für schuldig erkannt und zu sechs Monaten Gefängnis und 14 Tagen Haft verurteilt.

Güstrow. Der Reichsverband in Mecklenburg. Hier tagte am Sonntag der Mecklenburgische Landesverband der Reichsverbändler, an dessen Spitze selbstverständlich auch ein General a. D. steht, in der Person eines Herrn Muelenz. Die Hauptleitung des Reichsverbandes hatte als Vertreter den General v. Loebell entsandt. Diese beiden Generäle legten die Richtlinien der Reichsverbändler für die kommenden Reichstagswahlen dahin fest, daß jede bürgerliche Partei, die sich nicht von vornherein unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie erklärt, genau so bekämpft werden müsse, wie die Sozialdemokratie selbst. Diese politische Erpressertaktik richtet sich vornehmlich gegen Fortschrittler und Nationalliberale, die zu willenlosen Hilfstruppen der Konservativen gedrillt werden sollen. Die Reichsverbändler zeigen immer klarer, daß sie eine konservative Wahlorganisation darstellen, die sich je länger je mehr auch gegen die Liberalen wendet, sobald diese auch nur den Schein politischer Selbständigkeit waren wollen. Man muß es natürlich diesen Parteien überlassen, wie sie sich mit den reichsverbändlerischen Anmaßungen abfinden wollen.

Delmenhorst. Zwangsbeitritt zum gelben Werkverein. Die Delmenhorster Wagenfabrik Carl Tonjes A.-G. in Delmenhorst sucht in verschiedenen Zeitungen Arbeiter für ihren Betrieb. Von den bei der Firma in Arbeit Tretenden wird verlangt, daß sie dem von der Firma gegründeten Unterstützungsverein (Gelber Verein) beitreten.

Bremen. Großfeuer. Die Norddeutsche Wollkämmerei Delmenhorst ist in der vorletzten Nacht teilweise niedergebrannt. Die Wäscherei ist vollständig vernichtet, die Kämmereiabteilung teilweise. Die Spinnerei und die Lagerschuppen sind unbeschädigt geblieben, jedoch ist die Arbeit des ganzen Etablissements unterbrochen.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Kyritz-Pyritz", Posse von Wilken. Man kann gewiß darüber streiten, ob eine alte Berliner Posse in ein Theater hineingehört, das dem Guten, Wahren, Schönen geweiht sein soll, wie seine Inschrift besagt. Sicherlich wird es auch in Lübeck zartbesaitete schöne Seelen geben, die ob solcher „Entheiligung" unseres Kunsttempels die Nase rümpfen und sich bekreuzigen werden, aber es dürfte sich um dieselben Kunstverständigen handeln, die sich an jedem Schmarren von Blumenthal, Kadelburg, Moser und Konsorten begeistern können. Und doch steht, was urwüchsigen Humor anlangt, „Kyritz-Pyritz" weit über Lustspielen à la „Veilchenfresser", „Tante Lotte", „Als ich wiederkam" und wie sie alle heißen mögen. Gestern abend, bei der Aufführung von „Kyritz-Pyritz" war das Theater leer. Wenn das bei Schauspielen nicht üblich wäre, könnte man das als eine Art Demonstration gegen die Posse auffassen. So aber wird damit nur dokumentiert, daß in Lübeck Schauspiel und Posse gleich niedrig bewertet wird. Es ist eben ein eigenartiges Ding um die Kunstbegeisterung unseres zahlungsfähigen Publikums. Die Wiedergabe von „Kyritz-Pyritz" war ganz famos. Den Mitwirkenden schien die Sache selbst Spaß zu machen; sie ließen alle Register des Humors und der Komik spielen, sodaß bald die fröhlichste Stimmung im Hause herrschte. Es ist doch auch recht gut, wenn man sich einmal ordentlich auslachen kann in dieser ernsten Zeit.

P. L.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling; Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und Kommissionssitzungen

Transportarbeiter.

Vorstandssitzung
Freitag abend 8½ Uhr.

Statt besonderer Anzeige.

Heute morgen entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber Mann, Vater, Schwieger- und Großvater, der Schlosser

Johannes Romann

im 49. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrübt an

Maria Romann, geb. Fick, nebst Kinder und Angehörigen.

Lübeck, den 27. Septbr. 1911.
Emilienstraße 5, I.

Beerdigung am Sonnabend, den 30. September, nachm. 3 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof. Beginn der Feier 2¾ Uhr.

Deutscher

Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Hiermit geben wir unseren Mitgliedern bekannt, daß am 27. d. M. unser treuer Kollege, der Schlosser

Johannes Romann

verstorben ist.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Kollegen versammeln sich zur Teilnahme an der Beerdigung am Sonnabend nachmittag 2½ Uhr beim „Weißen Hirsch", Fackenburger Allee.

Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.

Nachruf.

Am 27. September starb unser Mitglied

Johannes Romann.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 30. September, nachmittags 3 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Der Vorstand.

Frau **Anna Meyer,** Ahrensböker Straße, zu ihrem 40. Geburtstag ein donnerndes Hoch. Ob se sick woll wat marken lött?

Freundl. möbl. Zimmer

zu vermieten.
Blanckstraße 20a, II.

Eine Drei-Stuben-Wohnung

zu vermieten **P. Moll,** Vorwerk.

Zu sofort kleine **Wohnung** oder **Gangbude** (Pr. 150 Mk.) in der Nähe Engelsgrube zu mieten ges. Ang. unt. **G G** an die Exp. d. Bl.

Gesucht von älteren Leuten mit einem Kind eine kleine **Wohnung** zum 1. Oktober. Angeb. unt. **C B** an die Exped. d. Bl.

Ges. zum 1. Okt. Laufjunge.

Wilh. Zoll, Kl. Burgstr. 14.

Gesucht zu sofort ein

Tagesmädchen.

Lindenstr. 16a, pt. rechts.

Junge Frau wünscht Kontor zu reinigen. Angeb. unter **F F** an die Exped. d. Bl.

Zu sofort ein jüngerer Hausbursche.

Engelswisch 52.

Billig zu verkaufen **Johannisbeer-, Stachelbeer- und Himbeersträucher.** Schützenstr. 20a, pt.

Fortzugshalber das **Haus** Lützowstraße 19a zu verkaufen.

Kaufe jedes Quantum Schlehe.

J. Sühr, Untertrave 22.
Fernruf 1366.

Schwarzer Gehrock und Weste für schlanke Figur zu verkaufen. Preis 12 Mk.
Marlistraße 44c, II.

Ein guter **Blockwagen** zu verk.
Glockengießerstr. 85, II.

Bill. zu verk. rote Plüschg., Komm. 7 Mk., Bettst. m. Matr. 7 M., Waschtisch 8 Mk. Schwönekenquerstr. 28.

Gefunden eine Damenuhr.

Abzuholen Göbenstr. 13, III.

Empfehle schöne **Tomaten** sowie **blühende Alpenveilchen.**

Ernst Pagels, Stockelsdorf,
Kunst- und Handelsgärtnerei.

Ausgekämmtes Haar kauft

H. Klempau, Friseur,
Ludwigstraße 38.

Rasieren u. Haarschneiden

Johannes Lohse, Wickedestr. 48.

Käse-Lager

Schlumacherstr. 12.
Schweizerkäse Pfd. **30** u. **40** Pfg.
Tilsiter Käse Pfd. **20** u. **30** Pfg.

Vereinigte Butterhändler v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. **1.70** Mk.

Frisches Kopf und Bein

Pfd. 20 Pfg.

Dicke Flomen

Pfd. 80 Pfg.

sowie jeden Sonnabend abend:

Heiße Knackwurst.

Ad. Sehmidt

Lindenstraße 36.

Visitkarten

— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Lederhosen . . .	**2.20**—6.45
Maurerhosen . .	**2.60**—6.75
Schlosserhosen .	**1.88**—5.25
Überziehhosen . .	**1.08**—2.35
Zwirn-Hosen . .	**1.68**—3.25

leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28,** Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Achtung!

Fabrikarbeiterverband

Zahlstelle Lübeck.

Die am Freitag, dem 29. September, fällige Mitgliederversammlung fällt aus.

Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratisch. Verein. Schwartau-Rensefeld

Frauen-Versammlung

am Sonnabend, 30. d. M., abends 8½ Uhr
bei Pinkert (Gasthof Transvaal).

NB. Abschiedsfeier für die Genossin K. Leu.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

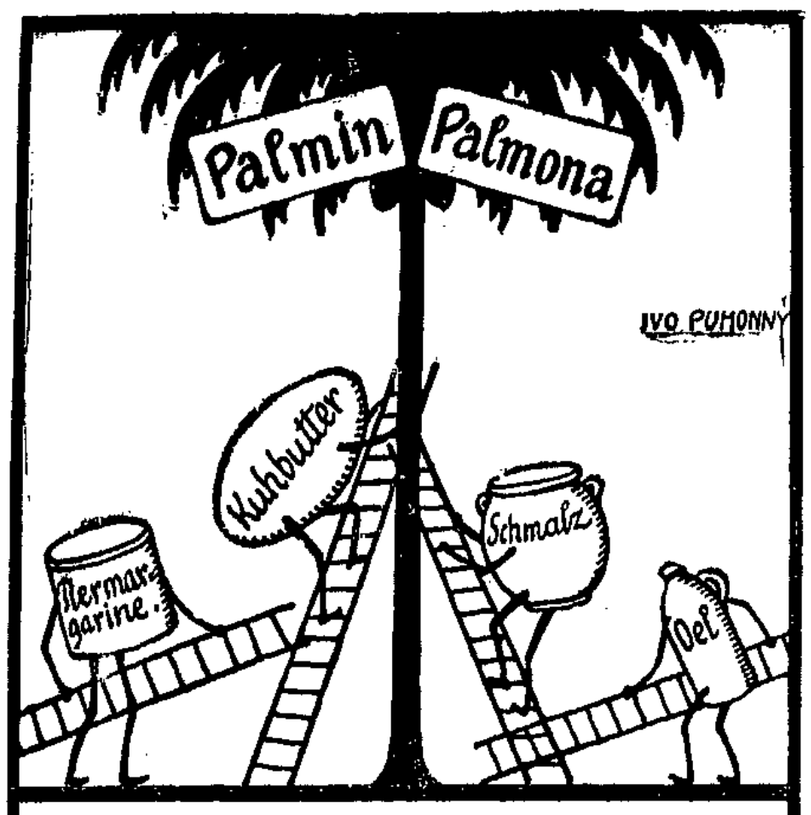
Geschäfts-Uebernahme.

Einem geehrten Publikum sowie Freunden und Gönnern zur gefl. Kenntnis, daß ich die

Gastwirtschaft des Herrn Fr. Eggert **Kl. Gröpelgrube 11**

übernommen habe. Indem ich für gute Speisen und Getränke stets Sorge tragen werde, ersuche ich um gütige Unterstützung.

Theodor Vagt.



Sie kommen nicht so hoch hinauf

in der Gunst des Publikums wie **Palmin** (Pflanzenfett) und **Palmona** (Pflanzen-Butter-Margarine), die sich jeden Tag mehr einbürgern sowohl als Koch- und Backfett wie auch als Brotaufstrich. – Das beweisen am besten die zahllosen Nachahmungen, die gewiß ein beredtes Zeugnis ablegen für die vorbildliche Qualität unserer Produkte.

H. Schlinck & Cie. A.-G.

NB. Palmin jetzt auch „weich" (schmalzähnlich) zu haben.

Geräucherter Speck

kernige Ware aus eigener Schlachtung, **fett und mager,** anstatt bisher 90 Pfg. jetzt

nur **80 Pfg.** das Pfund.

Bei Abnahme von 50 Pfund entsprechend billiger.

Auf sämtliche Wurst- und Fleischwaren

4% Rabatt.

Verkauf in meinen Detailgeschäften.

Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabrik
August Scheere.

Die Neue Zeit

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Bitte ausschneiden! Bitte ausschneiden!

1911|12 Winterfahrplan 1911|12

der Neuen Hafenfähre G. m. b. H.

Lübeck-Schwartau und zurück

bei Bedarf **Struckfähre, Vorwerksbrücke, Ballastkuhle, Lubecawerke** und **Staatswerft** anlaufend.

Vom 1. Oktober 1911 bis 31. März 1912.

Wochentags

ab **Drehbrücke:** Vorm. 5.30 8.00 9.30 11.00. Nachm. 1.05 2.30 4.30 6.00 7.10.
ab **Schwartau:** Vorm. 7.15 8.30 10.30 11.45. Nachm. 1.45 3.15 5.15 6.30 7.45.

Außerdem Hafentour nur bis zur Staatswerft:
ab **Drehbrücke:** Nachm. 1.30 und 5.30.
ab **Staatswerft:** Nachm. 2.00 und 6.00.

Sonn- und Festtags, nur Strucklähre anlaufend
ab **Drehbrücke:** Vorm. 8.00 10.00. Nachm. 1.00 2.30 4.30 6.00 7.10.
ab **Schwartau:** Vorm. 8.30 10.30. Nachm. 1.45 3.15 5.15 6.30 7.45.

Die Tour 7.10 Uhr abends ab Lübeck und 7.45 Uhr ab Schwartau wird nur in den Monaten Oktober und März gefahren.

Fahrpreis: **Lübeck, Schwartau und umgekehrt, sowie im Hafen für Teilstrecken à Person 10 Pfg.,** wochentags Hafentouren 5½—6 Uhr morgens, 12—1½ Uhr mittags und 5½—6 Uhr abends **à Person 5 Pfg.**

Etwaige Aenderungen vorbehalten.

Eishindernisse und Nebel auf der Trave entbinden uns für die Dauer derselben von der Einhaltung dieses Fahrplanes.

Kontor: Untertrave 59.
Fernsprecher 187.

Neue Hafenfähre G. m. b. H.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend.
e. G. m. b. H.

In der gestrigen Nummer des Lübecker Volksboten wird ein theatralischer Abend zum Freitag, dem 29. ds. Mts., in Neu-Lauerhof, in dem „Das Nachtjacken-Viertel" gegeben werden soll, angezeigt.

Als Vorverkaufsstelle für die Eintrittskarten wird auch der Konsumverein, Kottwitzstr., mit angegeben.

Wir erklären hiermit, daß wir keine Kenntnis hiervon hatten und unserer genannten Warenabgabestelle ohne unser Wissen übergebene Karten sofort zurückziehen werden. Den Veranstalter fordern wir hiermit auf, die Karten in unserm Kontor wieder abzuholen.

Für **derartige** Unternehmungen übernehmen wir **keinen** Kartenvertrieb.

Der Vorstand.

Am Sonntag nachmittag 5 Uhr findet eine **Versammlung** im Lokale des Gastwirts Herrn **Hoyer zu Moisling** statt zwecks Gründung eines **Arbeiter-Turner-Bundes.** Alle Interessenten sind zu dieser Versammlung freundlich eingeladen. Der Vorstand des Arbeiter-Turner-Bundes zu Lübeck ist in dieser Versammlung anwesend.

Die Einberufer.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Lübeck.
Distrikt Selmsdorf.

Einladung zum

Stiftungsfest mit Ball

am Sonntag, d. 1. Oktober im Lokale des Herrn **Woderich** zu Selmsdorf.

Anfang 6 Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein

Das Festkomitee.

HANSA THEATER

Des kolossalen Erfolges u. des zahlreichen Besuches halber bis auf weiteres:

Das Mädchen aus Wild-West.

Am. Ausst.-Kom. mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von **R. Marwill.**

Vorverkauf bei **Sager.**

Stadthallentheater.

Freitag, 29. Septbr. Abds. 8 Uhr.

Eröffnung der Spielzeit.

Die Dollarprinzessin

Operette von Leo Fall.

Sonntag, den 1. Oktober. 7½ Uhr.

Pension Schöller.

Posse von Carl Laufs.

Hierauf: **Uraufführung!**

Ein Idyll auf dem Priwall.

Schwank von **Ernst Albert.**

Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel,** Markt 14, und **Roß,** Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.

Donnerstag, 28. September 1911.

Infolge Erkrankung des Herrn **Kollwitz** hat der **Kgl. Kammersänger**

Alois Pennarini

vom Hamburger Stadttheater die Partie des **„Turiddu"** in der heutigen Aufführung von

Cavalleria rusticana

übernommen.

Neues Stadttheater.

Freitag, 29. Septbr. 7½ Uhr.
Voll-Abonn. 12. Freitag-Ab. 2

Zum 1. Male! Neu!

Eine Frau ohne Bedeutung.

Komödie von Oskar Wilde.

Sonnabend, 30. Septbr. 7½ Uhr.

Königskinder.

Oper von E. Humperdinck.

Sonntag, den 1. Oktober. 7½ Uhr.

Der Prophet.

Große Oper von Meyerbeer.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 227. Donnerstag, den 28. September 1911. 18. Jahrg.

Landtagswähler im Fürstentum Lübeck!

Am morgigen **Freitag** von 11 Uhr vorm. bis 8 Uhr nachm. finden die Wahlen zum oldenburgischen Landtag statt. Uebt Euer Wahlrecht aus und tretet geschlossen ein für die

Kandidaten der Sozialdemokratie!

Der 29. September muß ein Siegestag für die Sozialdemokratie des Fürstentums Lübeck sein.

Auf zum Kampf! Auf zum Sieg!

Eine Marokko-Rundfrage.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", das Organ für die Interessen der Großindustrie, hat sich das „Verdienst" erworben, an 265 Reichstagsabgeordnete (mit Ausnahme der Sozialdemokraten, Polen, Dänen, Welfen und Elsässer) eine Rundfrage über ihre Stellung zur Marokkofrage zu richten. Sie veröffentlicht nunmehr einige der ihr von den auserlesenen Volksvertretern zugegangenen Antworten. Von hervorragender „politischer Einsicht" zeugt die des Herrn Mathias Erzberger, des in allen Dingen übergescheiten Zentrumsabgeordneten. Sie lautet:

„Über die Marokkoangelegenheit kann meines Erachtens noch kein abschließendes Urteil gefällt werden, da die Öffentlichkeit die Einzelheiten nicht kennt. Nur das eine möchte man ohne Widerspruch feststellen können: Eine Verschiebung der Lösung der Frage kann es unter keinen Umständen geben; dies würde eine Blamage Deutschlands sondergleichen sein, worin keine Regierung einwilligen kann. Entweder kommt ein befriedigendes Abkommen mit Frankreich zustande, worauf ich hoffe, oder dies ist durch die Mißgunst Englands nicht zu erreichen: gut — dann bleiben wir in Agadir und der näheren und ferneren Umgebung zum Schutz unserer Rechte; dann ist die Marokkofrage für uns auch gelöst; ob für andere, wage ich nicht zu behaupten."

Ein anderer Zentrumsabgeordneter, Dr. Bell, äußert sich folgendermaßen: „Im Inlande und Auslande darf man davon überzeugt sein, daß unsere Friedensliebe über jeden Zweifel erhaben ist, daß aber in dem Augenblicke, wo Deutschlands Ehre engagiert ist, das deutsche Volk unter Hintansetzung des inneren Zwistes der bürgerlichen Parteien für die Wahrung deutscher Sicherheit und deutscher Interessen dem Auslande gegenüber mit Nachdruck und opferwillig eintreten wird."

Was versteht dieser Herr unter „unserer Friedensliebe"? Im Bunde mit den Alldeutschen, den Großindustriellen, den Konservativen und den Nationalliberalen haben maßgebende Elemente des Zentrums die Kriegshetze betrieben und in frivolster Weise die von der Sozialdemokratie veranstalteten Friedenskundgebungen verunglimpft.

Dr. Bell beruft sich auf die Stärke unseres Heeres und unserer Flotte, auf die „Gesundung unserer Reichsfinanzen" und — der Humbug darf natürlich auch nicht fehlen! — auf die „begeisterte Stimmung unseres deutschen Volkes" (!!!) und er spricht die „zuversichtliche Erwartung" aus, „daß die maßgebenden Faktoren der deutschen Reichsregierung bei Wahrung unserer wichtigen Interessen in Marokko es an der gebotenen Festigkeit und Entschlossenheit nicht fehlen lassen und daß sie mit starker Hand eine des machtvollen Deutschen Reiches würdige, seine nationale Ehre wahrende und sein Ansehen im Auslande befestigende Lösung der schwierigen und verantwortungsvollen Marokkofrage herbeiführen werde."

Wie sich Dr. Bell diese „Lösung" denkt, darüber sagt er nichts.

Der konservative Abgeordnete Wagner-Freiberg erklärte ganz und gar im Sinne der „alldeutschen" Hetzer: „Der deutsche Reichswagen ist in der Marokkofrage vom Fürsten Bülow derart verfahren worden, daß es für seinen Nachfolger in der Tat sehr schwer sein wird, für unser Volk das herauszuschlagen, was er hätte erreichen können, wenn von Anfang an zielbewußte Energie gezeigt worden wäre."

Solange Bülow am Ruder war, zuletzt als Meister des konservativ-liberalen Blocks, hat man ihm solch ein „Verschulden" nicht vorgeworfen.

Der konservative Abgeordnete Henning hofft auf einen „für uns günstigen Vertragsabschluß" und fügt hinzu: „Dann ist für jetzt Ruhe. Eine spätere kriegerische Auseinandersetzung kommt freilich in absehbarer Zeit doch. Es ist alles im Grunde eine Machtfrage, die schließlich nur durch Blut und Eisen entschieden werden kann. Zurzeit macht es indessen einen erfreulichen und erhebenden Eindruck, daß die Nation einmütig hinter der Regierung steht, allerdings mit Ausnahme der Börse und der Sozialdemokratie."

Das ist eine Kundgebung blödesten Kriegsfanatismus. Die Frage ist aber, ob die Völker sich eine kriegerische Auseinandersetzung gefallen lassen werden, ob sie es dulden werden, daß man sie unter dem Appell an Blut und Eisen mißbraucht für kapitalistische Ausbeutungsinteressen und nationalen Größenwahn. Es ist übrigens zum Lachen, daß der Vertreter einer Richtung, die wochenlang die wildesten Ausfälle gegen die Regierung in der Marokkofrage unternommen hat, zu behaupten wagt, daß die „Nation einmütig hinter der Regierung" steht. Unsere Leser wissen, daß die „einmütige Nation" des Abgeordneten Henning gar nicht existiert.

Daß die alldeutschen Kriegshetzer in sehr trübseliger Stimmung sind, beweist die Einleitung, die das rheinisch-westfälische Schlotjunkerorgan zu den Antworten liefert. Darin heißt es:

„Mit eherner Wucht stampfte vor drei Monaten der „Panther" einher. Jubel der Begeisterung durchhallte alle deutschen Gaue. Und heute tiefste Enttäuschung, Erbitterung, Entmutigung im ganzen Volke. Statt einer deutschen Interessensphäre oder Kolonie in Marokko, die jedem, der es hören wollte, vor, am und nach dem 1. Juli als Ziel verheißen wurde: heute nicht einmal mehr die Rechte, die wir aus dem Algecirasvertrag und aus dem Abkommen von 1909 haben. Denn unsere Unterhändler in ihrer durch nichts begründeten Angst vor ernsten Verwicklungen sind heute zu jeder noch so geringprozentigen Liquidation unserer Ansprüche aus dem Juli bereit; sie verschleudern ja sogar bereits das Recht der Konsulargerichtsbarkeit, das bis heute selbst in der gewiß noch sehr souveränen Türkei, auch noch in Rumänien und Bulgarien, in Persien und China, in Siam, in Korea, in Sansibar, sogar auf Zypern und in dem „Internationalen Gericht" des unter englischer Vormundschaft stehenden Ägyptens in voller Kraft steht."

Den „Alldeutschen" geht es gegenwärtig ungefähr so wie den Lohgerbern, denen die Felle fortgeschwemmt sind. Sie wollten einen Krieg anzetteln, von dem die Kanonen- und Panzerplattenlieferanten Riesengewinne sich versprachen: und nun ist es nichts damit!

Die Teuerung.

Handelskammer und Teuerung.

Die Handelskammer für Oberfranken hat an die bayrische Regierung eine Eingabe gerichtet, in der sie unter Hinweis auf die schädigende Wirkung des Einfuhrscheinsystems Maßnahmen verlangt, die der Teuerung entgegenwirken sollen. Nach ihrer Meinung führt das Einfuhrscheinsystem dazu, daß für das ausgeführte Getreide ein vollwertiger Ersatz nicht eingeführt und sowohl die Reichskasse geschädigt, als auch ein Mangel an der einen oder der anderen Getreideart in Deutschland herbeigeführt wird. Nach einem interessanten statistischen Nachweis kommt die Handelskammer zu folgendem Ergebnis:

„Am wirksamsten würde ein Ausfuhrverbot für Roggen, Weizen und Hafer sein, und angesichts der schwierigen Lage des Lebensmittelmarktes scheint selbst die Anwendung dieses radikalen Mittels gerechtfertigt.

Mut zur Sünde.

Roman von Max Kretzer.

(Nachdruck verboten; alle Rechte vorbehalten.)

Die großen Leidenschaften sind selten wie die Meisterstücke Balzac.

1.

Am Abend des zweiten Dezember hielt sich Frau Ernestine Frobel auffallend lange in ihrem Geschäftszimmer auf, ohne jedoch ihren gewohnten Platz an dem mächtigen Diplomatentisch einzunehmen, über dem das Licht sonst regelmäßig Punkt sieben Uhr zu erlöschen pflegte, falls außergewöhnliche Umstände es nicht eher bedingten. Sie durchschritt vielmehr aufgeregt das Zimmer — diesen ausgedehnten Raum, der mit seinen drei breiten Fenstern etwas Saalartiges hatte und in seiner ganzen Ausstattung mit dem schweren Teppich, dem Ruhebett mit türkischer Decke, den bequemen Sesseln und den seidenen Übergardinen überwiegend einen privaten Charakter zeigte, so daß man ihn eher als eine Fortsetzung der Wohnung nebenan hätte betrachten können. Nur der eintürige Geldschrank in der äußersten Ecke, ein elegantes Regal mit etikettierten Buchkartons und sonstige, von einem großen Kaufmannshause unzertrennliche Dinge zeugten von dem geschäftlichen Eifer, der hier tagtäglich entwickelt wurde und sich durch die geöffnete Türe gleichsam hinüberspann zu dem großen Kontor hinten, wo sich zwei Reihen bereits verlassener Doppeltpulte, nur noch schwach von einer einzigen Deckenflamme beleuchtet, aus dem gähnenden Dunkel hervorhoben.

Im kleinen Nebenkabinett, das die Verbindung nach dort herstellte, arbeitete als letzter noch Herold, der alte, biedere Herold, der schon unter dem seligen Chef seine verschiedenen Gros Stahlfedern in aller Ruhe verschrieben hatte, und dem im Laufe der Jahre beim Lampenlicht die letzten Haare allmählich vom blanken Schädel gefallen waren wie der dünne Schnee von einer Bergeskuppe, den der Sturmwind ins Tal hinunterfegt. Die goldene Brille etwas weit auf die spitze, vom Lampenschirm grün angehauchte Nase gerückt, vergaß er nicht, über sie hinweg zeitweilig besorgte Blicke nach dem erleuchteten Nebenzimmer zu werfen, falls seine wasserblauen Augen nicht gerade den Weg nach der Wanduhr nahmen. Denn obwohl in jahrzehntelanger Zucht daran gewöhnt, sich der alten Gewohnheit zu beugen, die ihn nach dem Ultimo über dem Privatkonto der Frau Chef länger als sonst hier festhielt, noch mehr dem eisernen Willen dieser seltenen Frau da drinnen, die als Muster von Pflicht und Herzensgüte gelten konnte, erschien ihm für seine mürben Knochen die Tagesarbeit diesmal jedoch ein wenig zu ausgedehnt — gerade heute, wo sein Schwiegersohn zu Besuch kommen wollte und, wie immer bei dieser Gelegenheit, ausnahmsweise ein saftiges Filet zu erwarten war.

Etwas Außergewöhnliches mußte Frau Frobel bewegen, denn noch niemals hatte er ihre stattliche Gestalt den Lichtschein der geöffneten Tür so oft durchkreuzen sehen, wie jetzt — selbst in jenen schweren Tagen nicht (mit Schaudern dachte er daran), als der Zusammenbruch der alten, angesehenen Firma C. D. Frobel zu befürchten war und ein Sturm die Seele dieser Frau aufgepeitscht hatte, der für alle älteren Angestellten, die um ihr Brot bangten, etwas Erschütterndes hatte.

Es war so still in den Räumen, daß man nur das Rauschen des Kleidersaumes hörte, denn obgleich Frau Frobel, die einst so überschlanke Frau Frobel, allmählich üppige Formen angenommen hatte, zeigte sie doch die Geschmeidigkeit der eleganten Dame, und so vernahm man kaum ihre Tritte, die obendrein durch Treppen- und Dielenbelag gedämpft wurden. Nur von draußen schallte das schon im Erlöschen begriffene Leben der stillen Kanalstraße herein, das sich wie ein dumpfes Grollen der anbrechenden winterlichen Nacht ausnahm, die auch in dieser wenig arbeitsamen Gegend Berlins allmählich nach Ruhe verlangte. Dann machte sich ein Räuspern des Alten bemerkbar, das entschieden der Ausdruck einer Art verhaltenen Aufmuckens sein sollte. Und dazwischen hinein stahl sich nun ein leiser, langgezogener Seufzer der Frau, der das feine Knistern ihres Taftkleides begleitete und sich bis zu Herold verlor, der nun erst recht nicht den Mut fand, sich mit einem „ergebenen Diener" zu melden, um seine Bitte für heute anzutragen. Vor einer Stunde etwa hatte ihn Frau Frobel ersucht, noch „einige Minuten" zu bleiben, wonach denn glücklich eine Viertelstunde nach der anderen vergangen war. Und während er hin und wieder, diesmal unruhiger als zuvor, die Feder eintauchte und die Buchung fortsetzte, brachte er den Seufzer mit der Wohnung zusammen, die man allgemein im Geschäft „Das Lazarett" nannte, weil fast die ganze Familie aus kranken Menschen bestand: aus den Nachkommen einer degenerierten Rasse, die teils mit diesem, teils mit jenem Mangel behaftet waren.

Frau Ernestine selbst hatte diese Bezeichnung schon zur Zeit gebraucht, als die nun Erwachsenen noch Kinder waren und sie selbst noch mehr Sinn dafür hatte, die Vergehen der Natur durch Liebe, Güte und ewige Geduld auszugleichen.

Und der biedere Herold, der so gern sprach, wenn ihn etwas bewegte, blickte unwillkürlich durch das Fach des Pultaufsatzes der Stelle zu, wo tagsüber Frobel junior seinen dunklen Krauskopf über die Papiere beugte und so oft sein hübsches Gesicht zu ihm erhob, wenn es sich um Auskunft über schwierige geschäftliche Dinge handelte, die in sein zerstreutes Gehirn nicht gleich hinein wollten. Und schon hatte er die gewohnte Frage auf den Lippen: Nicht wahr, mein lieber Herr Günther — die Frau Mama hat wohl wieder recht ihre Sorgen drüben? als er sich noch rechtzeitig seines Alleinseins bewußt wurde und mit einem Lächeln den Augen wieder die Richtung nach unten gab. Dabei erfüllte ihn aber etwas wie ein stiller Neid gegen den Abwesenden, der seine Lampe schon längst ausgedreht hatte.

Dieser junge Herr Günther hatte es gut —: er schenkte seiner Mutter keine Minute mehr über Kontorschluß und flog mit dem ersten Glockenschlag aus, und zwar seit Wochen schon. Wohin, das mußten die Götter wissen. Weshalb sollte er es auch nicht tun — er, der einzige Gesunde unter dem Nachwuchs, der Temperamentvolle und Lebenslustige, der nur am Tage die Beharrlichkeit seiner Mutter zeigte, um sie dann am Abend gehörig abzuschütteln! Gott hatte ihr diesen blühenden Knaben geschenkt (sie selbst hatte es ihm, dem alten Vertrauten, in einem Augenblick der Glückseligkeit in überschwenglicher Weise zugerufen) und er und die älteren Köpfe im Geschäft, die Anteil an der Familie nahmen, hatten sich darüber gefreut, daß dem gesunden Blute der Mutter diesmal zum Siege verholfen war.

Bis hierher war Herold in seinen Gedanken gekommen, als Frau Frobel auf die Schwelle des Zimmers trat und mit ihrer tiefen, melodischen Stimme, die etwas von dem Klang einer Heroine hatte, ihn zu sich herein bat. Als dann aber die Uhr acht schlug, rief sie erstaunt aus: „Schon so spät? Aber mein lieber Herr Herold, weshalb sagen Sie das nicht! Entschuldigen Sie nur, aber ich bin heute wirklich zerstreut."

Herold tat das, was brave Angestellte bei solcher liebenswürdigen Offenheit ihres Chefs immer zu tun pflegen:

Wir würden alle Maßnahmen begrüßen, die ergriffen werden, um die Futtermittelnot zu bekämpfen: Einführung billiger Frachten, Suspendierung der Futtermittelzölle 2c., weil dadurch die Landwirtschaft der Notwendigkeit enthoben werden kann, ihren Viehbestand in ungesunder Weise zu reduzieren. Die Industrie ist in hervorragendem Maße daran interessiert, daß alle Maßnahmen zur Beseitigung der Lebensmittelteuerung ergriffen werden. Denn die Arbeitgeber, die selbst von der Teuerung direkt oder indirekt (durch den Rückgang in der Kaufkraft des Publikums) bedrückt werden, werden nicht in der Lage sein, erhöhte Lohnforderungen zu bewilligen. Wir bitten aus allen diesen Gründen dringend, „das hohe Kgl. Staatsministerium möge geneigtest an den zuständigen Stellen dafür eintreten, daß das Einfuhrscheinsystem zunächst aufgehoben, oder doch zum mindesten der Identitätsnachweis wieder eingeführt wird, wenn nicht durch ein Notgesetz die Ausfuhr von Roggen, Weizen und Hafer in diesem Jahr überhaupt verboten werden sollte."

* * *

Die Information der Regierung.

Die Reichsregierung hatte vor einiger Zeit bei der schweizerischen Regierung angefragt, welche Erfahrungen man dort mit der Einfuhr von gefrorenem Fleisch aus Argentinien gemacht habe. Die nunmehr eingetroffene Antwort besagt, daß das argentinische Fleisch als wertvoller Ersatz bezeichnet werden dürfe, wenn das Fleisch qualitativ auch unter der aus den angrenzenden Ländern bezogenen lebenden Ware stehe.

Letzteres mag bis zu einem gewissen Grade zutreffen, wenn aber diese lebende Ware nicht zu bezahlen ist, dann muß eben Ersatz geschaffen werden. Die Reichsregierung wird sich, nach der günstigen Auskunft, die sie erhalten hat, natürlich keineswegs beeilen, etwa für die Einfuhr von Fleisch aus Argentinien zu sorgen, sondern sie wird weiter erwägen, und diese Erwägungen endlos hinziehen, denn die Agrarier wünschen nicht, daß ihnen durch die Fleischeinfuhr aus Argentinien Konkurrenz gemacht wird.

* * *

Wer ist schuld an der Teuerung?

Diese Frage wird in der „Kreuzzeitung" angeschnitten und dahin beantwortet, daß es insbesondere der Großhandel ist, der unter Ausnützung der Situation mit Preistreibereien vorgeht. Die „Kreuzzeitung" wendet sich deshalb an den — Hansabund, indem sie ausführt:

Wir erwarten, daß der Hansabund und die anderen, das Interesse der Konsumenten im Munde führenden Organisationen und Parteien nicht bloß ein kräftiges Wort, sondern auch Abhilfe gegen diese Mißbräuche in den ihnen nahestehenden Handelskreisen zu finden wissen. Das gilt besonders auch von dem in Handelssachen sachverständigen und einflußreichen Abgeordneten Kämpf, der noch am letzten Donnerstag in der Berliner Stadtverordnetenversammlung die Notwendigkeit einer Verbilligung der Futtermittel so warmherzig vertreten hat".

* * *

Die Staatsbeamten und die Teuerung.

Der Meldung des „Berliner Lokal-Anzeigers", wonach Erwägungen über die Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage an die Beamten schweben, tritt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in ihrer Ausgabe vom Montag abend entgegen. Solchen Zuwendungen stände das grundsätzliche Bedenken entgegen, daß sie wie eine Besoldungserhöhung wirken und, wenn sich die Beamten auf diese Bezüge erst einmal eingerichtet haben, leicht zu einer wiederkehrenden Einrichtung werden, so aber nur den ersten Schritt zu einer neuen Besoldungsaufbesserung darstellen würden.

Um aber angesichts der Reichstagswahlen die Beamten bei Laune zu erhalten, sollen diese doch nicht ganz ohne Hoffnung bleiben. Denn nach einer weiteren Meldung des offiziösen Blattes schweben Erwägungen über andere den preußischen Staatsbeamten zugedachte Vorteile, die vielleicht zu dem Gerüchte über die Gewährung allgemeiner Teuerungszulagen Veranlassung gegeben haben. „Während nämlich", so heißt es, „im Reiche die Unterstützungsfonds für die Beamten unter Zugrundelegung gewisser Einheitssätze für den Kopf des vorhandenen Personals von Jahr zu Jahr reguliert werden, hat in Preußen wegen der ungünstigen Finanzlage bei der Mehrzahl der Verwaltungen schon seit Jahren davon abgesehen werden müssen, diese Fonds entsprechend der vielfach sehr gestiegenen Beamtenzahl auf der erforderlichen Höhe zu erhalten. Diese Einschränkung in den verfügbaren Mitteln muß sich natürlich in Zeiten einer Teuerung, in denn sich die Fälle und das Maß der Unterstützungsbedürftigkeit vermehren, besonders fühlbar machen. Es erscheint daher dringend erwünscht, mit möglichster Beschleunigung und ohne daß zunächst die endgültige Wiederherstellung des Gleichgewichts des Staatshaushaltsetats abgewartet wird, auf diesem Gebiete das Erforderliche nachzuholen. Es soll daher im Wege kommissarischer Beratungen alsbald ermittelt werden, um welche Bedürfnisse es sich bei den verschiedenen Ressorts handelt, und welche Grundsätze für die Gestaltung der Unterstützungsfonds in Zukunft zu beobachten sein würden.

* * *

Maßnahmen gegen die Teuerung.

Der Magistrat der Stadt Würzburg beschloß, einem Antrag des Gemeindekollegiums folgend, 2000 Mark zur Beschaffung von Kartoffeln zu bewilligen, die dann zum Selbstkostenpreis an die Verbraucher abgegeben werden sollen.

Internationales Sozialistisches Bureau.

Am Sonnabend trat, wie bereits kurz gemeldet, im Volkshause in Zürich unter dem Vorsitz von Vandervelde das Internationale Sozialistische Bureau zu einer Sitzung zusammen. Vertreten waren 14 Nationen und zwar: Frankreich durch die Genossen Vaillant, Longuet, Angele Roussel; Deutschland durch Bebel und Molkenbuhr; Österreich durch Adler; England durch Quelch; Belgien durch Vandervelde, Huysmans, Anseele, Fournement; Rußland durch Plechanow und Lenin; Polen durch Diamand und Rosa Luxemburg; Böhmen durch Nemec und Bruha; Ungarn durch Buchinger; Italien durch Ciotti; Serbien durch Tucovic; Holland durch Troelstra; Türkei durch Nahum; die Schweiz durch Moor.

Ihr Fernbleiben haben teils mit der Kürze der Zeit bis zum Zusammentritt der Sitzung, teils mit aktuellen politischen Kämpfen in der Heimat entschuldigt: Branting (Schweden), Stauning (Dänemark), Iglesias (Spanien), Macdonald und Keir Hardie (England), Robanowitsch (Rußland), Frimu (Rumänien), Sakasoff und Kyrkow (Bulgarien), Varadian (Armenien), Guesde (Frankreich).

Das Bureau führte zunächst eine eingehende 4½stündige Debatte über die Marokkofrage, die mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution ihren Abschluß fand:

„Der von dem kapitalistischen Länderhunger in frivolster Weise wegen Marokko heraufbeschworene Kolonialkonflikt hat durch Monate die größten Kulturländer vor die Gefahr eines brudermörderischen Krieges mit all seinen entsetzlichen Folgen gestellt. Wenn diese Gefahr augenblicklich vermindert ist, so ist sie keineswegs beseitigt und erscheint dauernd als der chronische Zustand der kapitalistischen Gesellschaft, die täglich durch neue Zwischenfälle akut werden kann. Das organisierte Proletariat will aber keinen Krieg und wird sich stets mit aller Wucht für den Frieden einsetzen.

„Das J. S. B. anerkennt mit Genugtuung, daß sich das sozialistische Proletariat der von der Kriegsgefahr betroffenen Länder, insbesondere in Deutschland, Frankreich, England, Italien und Spanien mit größter Energie gegen den verbrecherischen Wahnsinn der Kriegshetzer gewendet hat und durch seine machtvollen und unerschrockenen Demonstrationen sich als ein wirksames Element des Völkerfriedens erwiesen hat.

„Das J. S. B. erwartet, daß das klassenbewußte Proletariat auch in Zukunft mit steigender Kraft seine Pflicht tun, den Klassenkampf des Proletariats organisieren und für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse Zeugnis ablegen wird.

„Das J. S. B. ruft allen nationalen Sektionen der Internationale, namentlich denen in denjenigen Ländern, die im Augenblick unmittelbar an dem Marokko- und anderen drohenden Kolonialkonflikten beteiligt sind:

„Deutschland, England, Frankreich, Italien, Türkei und Spanien, die Resolutionen ihrer Landeskongresse und der Internationalen Kongresse von Stuttgart und von Kopenhagen gegen den Krieg ins Gedächtnis und erinnert insbesondere an den Schlußsatz der Stuttgarter Resolution, welcher lautet:

„Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht der Arbeiterklasse und ihrer parlamentarischen Vertretungen, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

„Das J. S. B. rechnet darauf, daß die Genossen in diesen Ländern sowohl für sich wie in Verbindung mit den Genossen der andern beteiligten Länder zusammen wirken, um einem Kriege vorzubeugen.

„Das J. S. B. fordert desgleichen die sozialistischen Parteien auf, eine Protestbewegung hervorzurufen gegen jede Erweiterung der Kolonialbesitzungen der europäischen Staaten auf dem Wege des diplomatischen Schachers, der gegenwärtig hinter dem Rücken der Nationen und ihrer Volksvertretungen am Werke ist, dadurch neue Zuspitzungen der internationalen Gegensätze und neue Kriegsursachen für die Zukunft zu schaffen.

„Das Bureau beschließt auch weiterhin die Initiative zu internationalen Kundgebungen gegen den Krieg im Einvernehmen mit den sozialistischen Parteien zu ergreifen und die Bewegung gegen den Krieg mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern."

Das Bureau geht sodann zur Behandlung seiner laufenden Geschäfte über. Insbesondere wurden folgende Punkte erledigt:

Dem Ersuchen der Genossen aus Bosnien und Herzegowina um Vertretung im Bureau wurde entsprochen, und zwar erhält die Sozialdemokratie dieses Landes zwei Stimmen.

Das Internationale Sekretariat hat ein Reglement über die Reorganisation des Internationalen Jugendsekretariates vorgelegt. Nach längerer Debatte wird auf den Wunsch der Vertreter verschiedener Länder beschlossen, dieses Reglement erst in der nächsten Sitzung des Bureaus im einzelnen zu behandeln, um jenen Ländern, die bisher zu dieser Frage nicht Stellung genommen, hierzu Gelegenheit zu geben.

Zum Schluß der Beratungen nahm das Bureau in einer ausführlichen Debatte zu der brennenden Frage der Teuerung Stellung und beschloß folgende Resolution:

„Das J. S. B. stellt fest, daß die beispiellose Teuerung der Lebensmittel, die gegenwärtig in allen kapitalistischen Ländern herrscht und in einem Land nach dem anderen die hungernden Volksmassen zum stürmischen Protest aufpeitscht, zunächst die Folge der skrupellosen Schutzpolitik in den meisten kapitalistischen Staaten, sowie der frivolen Begünstigung der agrarischen Interessen ist, gegen die die sozialistischen Parteien einen systematischen Kampf führen. Andererseits ist sie aber auch die Folge der brutalen Preistreibereien der Unternehmerkartelle, die der schlimmste Feind des aufstrebenden Proletariats und seiner Befreiungsbestrebungen sind.

Das J. S. B. ruft die arbeitenden Männer und Frauen aller Länder auf, die unter den furchtbaren Folgen der exorbitanten Lebensmittelteuerung leiden, sich in Massen den sozialistischen Parteien und den gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen, um das Lager des klassenbewußten Proletariats zu stärken, das allein in wirksamer Weise den Kampf gegen die Teuerung führt, indem es die wirkliche Quelle der jetzigen Teuerung auf dem Weltmarkt, die kapitalistische Gesellschaftsordnung bekämpft."

Die Sitzung des Bureaus wurde von Vandervelde Sonntag mittag 12½ Uhr geschossen.

Aus der Partei.

Vom Fortschritt der Presse. An einer am 17. September erfolgten Hausagitation im Bezirk östliches Westfalen und beide Lippe beteiligten sich nach bis jetzt vorliegenden Berichten 48 Orte. Es wurden bisher gewonnen 977 Abonnenten auf die „Volkswacht" in Bielefeld und 181 Mitglieder für die sozialdemokratischen Vereine.

Inseratenpraktiken eines Amtsblattes. Mit Freisprechung endete ein Beleidigungsprozeß, der gegen den Redakteur Genossen Dr. Sachs von der „Dresdener Volkszeitung" vor dem Dresdener Schöffengericht angestrengt wurde. Sachs war angeklagt, den Verleger des Amtsblattes in Oschatz beleidigt zu haben. In der „Dresdener Volkszeitung" war ein Prozeß besprochen, durch den das Geschäftsgebaren des Amtsblattes an den Pranger gestellt wurde. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Eine Bremer Firma hatte in dem „Oschatzer Tageblatt", dem Konkurrenzorgan des Amtsblattes, ein Inserat erscheinen lassen, das gegen eine Oschatzer Firma gerichtet war. Der Verleger des Amtsblattes hat nun ebenfalls um den Inseratenauftrag gebeten, ihn auch erhalten. Darauf hat die angegriffene Firma in Oschatz geschrieben, sie wäre bereit, den

---

er lächelte krampfhaft und behauptete mit gemachter Überzeugung, daß eine derartige Verzögerung durchaus nichts auf sich habe. Dann brachte er die Papiere in seinem Pult unter, wischte die Feder sauber aus, nahm die Brille ab, die er etwas umständlich in das Futteral steckte, und ging auf seinen steifen Beinen, mit dem Buch in der Hand, zu Frau Frobel hinein, denn es war Gebrauch, daß das Privatkonto, in dem vertrauliche Dinge standen, an jenem Abend hier eingeschlossen wurde.

„Nun, werden Sie bald in Ordnung sein?" fragte Frau Frobel, während sie ihm gestattete, den Folianten in ihren Privatschrank zu legen. „Es ist diesmal ein bißchen viel nachzuholen, nicht wahr?"

„Wenn nichts dazwischen kommt, hoffe ich in acht Tagen fertig zu sein. Tja," erwiderte Herold mit seiner klebrigen Stimme, an die man sich erst gewöhnen mußte, um ihn zu verstehen. Dieses „Tja" pflegte er immer erst nach einer Gedankenpause hinzuzusetzen gleichsam wie nach einer nochmaligen Überlegung.

Abwartend blieb er vor ihr stehen in der losen Haltung aller jener Leute, die ihr ganzes Leben lang den Rücken über die Bücher krümmen mußten. Mit seinem bartlosen, faltenreichen Gesicht, das schon die rostbraunen Flecke des Alters zeigte, und in dem langen schwarzen Kontorrock (einem abgelegten Sonntagsrock), den er gegen sein Straßenjackett noch nicht eingetauscht hatte, machte er fast den Eindruck eines ehrwürdigen Lehrers vom Lande in den Darstellungen, wie sie auf Bildern typisch geworden sind. Nur eine gewisse Koketterie in der Wahl seiner Krawatte, das blendend-weiße Oberhemd unter der mäßig ausgeschnittenen Modeweste und die schwere, goldene Uhrkette (der Bestandteil eines Jubiläumsgeschenkes) gaben ihm einen Zug ins Moderne, dem er mit der Zeit doch nicht hatte widerstreben können; schon aus Rücksicht auf die stete Nähe der Frau Chef, die ihn so gern zu Rate zog.

„Nehmen Sie doch einige Augenblicke Platz, lieber Herr Herold", sagte Frau Frobel wieder und wies auf den Rohrsessel neben dem Schreibtisch, der solchen Unterredungszwecken diente. Gegen diesen alten Herrn, der sie schon als Backfisch gekannt hatte, war sie stets von großer Zuvorkommenheit, die als besondere Auszeichnung aufgefaßt werden konnte.

„Ich möchte Sie nur um etwas bitten," fuhr sie fort und brachte, noch im Stehen, rasch einige Briefschaften beiseite.

Herold, der sich vor ihr nicht zu setzen wagte, vergaß im Augenblick seinen Schwiegersohn und das Filet, denn er machte sich nun auf irgend eine Entlastung ihres Herzens über neue Aufregungen im „Lazarett" gefaßt. Seit etwa acht Tagen sollte es mit Annemarie, der Jüngsten, nicht besonders gut stehen, sodaß man bereits in Erwägung gezogen hatte, ob es nicht besser wäre, daß Herr Frobel, der im Geschäft eigentlich gar nicht zählte, sobald als möglich mit ihr nach dem Süden ginge. Solche Reisen wurden fast in jedem Jahre unternommen, und Frobel senior, der selbst „schwach auf der Brust" war, wie man sein dispositionsloses Viveurtum zartfühlend an den Pulten umschrieb, hatte dann den Beschützer und Reisebegleiter zu spielen, was er sich, schon aus Gründen der eigenen Erholung, gern gefallen ließ.

Zu seiner Enttäuschung mußte aber Herold erfahren, daß es sich nur um einen kleinen Auftrag handele, den er, gewissermaßen diskret, gleich in der Frühe des anderen Tages ausführen lassen sollte. Frau Frobel wünschte zu einem bestimmten Abend einen guten I.-Rang-Sitz zu einer Vorstellung im Theater des Westens, das sie allein zu besuchen wünsche.

„Ich möchte aber nicht gern, daß mein Sohn etwas davon erfährt, weil ich eine gewisse Absicht damit verbinde", fügte sie mit der Gleichgültigkeit einer Frau hinzu, die es selbstverständlich findet, daß man sich über den Grund ihres Vorhabens nicht den Kopf zerbreche.

Herold jedoch, der des Abends, wenn er ermüdet von der Kontorarbeit nach Hause kam, seine Zeitung bis auf die letzte Zeile durchlas, und dem daher nichts verheimlicht blieb, was im großen Berlin vorging, entfuhr es unwillkürlich: „Ei, ei, tritt da nicht wieder Herr Emmerich auf? Nach so langer Zeit wieder? Mir ist 's, als hätte ich es gelesen. Tja". Und bevor noch Frau Frobel etwas erwidern konnte, fügte er, ganz eingenommen von diesem Ereignis, hinzu: „Also hat er sich doch wieder emporgerafft, dieser Herr Don Juan, der uns so schwere Sorgen gemacht hat". Wenn der Alte „uns" sagte, so sprach er gewissermaßen im Namen des Geschäftes, oder doch im Sinne des Privatkontos, in dem der Buchstabe „E" seine finanzielle Bedeutung hatte, die außer Frau Frobel er allein nur kannte.

Damit hatte es eine eigene Bewandtnis. Eines Tages, vor etwa fünfundzwanzig Jahren, hatte man Ernestines Mutter, Frau Kommerzienrat Brüning, die damals schon Witwe war, aber immer noch in den Spuren ihres Gatten wandelte: in ihrem Salon alles, was in der Kunst einen Namen hatte, um sich zu sehen, einen jungen, angehenden Tenor zugeführt, einen bildhübschen Menschen von großer Figur, der, armer Leute Kind, weder Mittel noch Verbindung besaß, den Schatz in seiner Kehle zu heben. Es dauerte nicht lange, so wurde er der umschwärmte Schützling Frau Brünings, die ihn ausbilden ließ, ihn völlig erhielt und ihm zum ersten Siegeszug über die weltbedeutenden Bretter verhalf. Einige Jahre erfüllte sein Ruhm ganz Deutschland, man warf ihm das Gold in den Schoß und unzählige Frauenherzen flogen ihm zu. Dann aber verlor er infolge eines Halsleidens (Boshafte meinten infolge seiner Trunksucht) seine Stimme; der Stern erlosch, und es trat ein, was immer bei gefallenen Größen einzutreten pflegt: er geriet in Vergessenheit, vegetierte im Auslande und in den Provinzen und ließ sich dann vorübergehend irgendwo als Gesanglehrer nieder, wo er nur noch eine lokale Rolle spielte.

Gegen seine Wohltäterin hatte er sich sehr undankbar benommen, was ihm aber um seines über Nacht entstandenen Größenwahns und seiner exzentrischen Neigungen wegen verziehen worden war, obgleich sie unter seiner Renommage mit ihrer Freundschaft, die zu Andeutungen aller Art Veranlassung gegeben hatte, sehr gelitten hatte. Und selbst dann noch, als er, zurückgekehrt in seinen Staub, sich mit Briefen späten Dankes der einstigen Gönnerin erinnerte, hatte sie eine offene Hand für ihn, die seltsamerweise später auch auf die Tochter überging und sich bis auf den heutigen Tag bewährte.

Das ungefähr war die Geschichte, die zur Kenntnis Herolds gelangt war und ihm nun den Mut gab, eine scherzhafte Anspielung zu wagen. Und als er sah, daß keine Einwendung kam, fuhr er ermuntert fort: „Frau Frobel wollen sich gewiß davon überzeugen, ob seine Stimme noch nicht ganz passee ist."

(Fortsetzung folgt.)

Inseratenauftrag abzulehnen, wenn die Oschatzer Firma ihr die Inseratenkosten bezahle und ihr verspreche, dem Amtsblatte Inseratenaufträge zuzuweisen. Dieses Gebaren war von der „Dresdener Volkszeitung" entsprechend charakterisiert worden. Das Gericht stellte sich ebenfalls auf den Standpunkt, daß diese Kritik durchaus berechtigt sei und sprach den Genossen Sachs frei.

Aus dem Internationalen Sozialistischen Bureau. Die Genossin Luxemburg stellte in der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus am 23. ds. Mts. an den Genossen Huysmans die Anfrage, ob er dem Genossen Bebel gegenüber gesagt habe, daß sie sich mehrfach Indiskretionen durch Veröffentlichung von Briefen des Sekretariats des Internationalen Sozialistischen Bureaus habe zuschulden kommen lassen. Der Genosse Huysmans bejahte, daß er sich so dem Genossen Bebel gegenüber ausgesprochen habe. Doch fügte er hinzu, er habe sich durch die Verhandlungen des Jenaer Parteitages davon überzeugt, daß er sich infolge seiner m[illegible]haften Kenntnis der deutschen Sprache ungenau ausg[illegible] habe. Er habe nicht sagen wollen, daß die Genossin [illegible]ung mehrfach Indiskretionen begangen habe, sondern [illegible] solche mehrfach vorgekommen seien und zwar handle es sich außer um den Fall der Veröffentlichung des Molkenbuhrschen Briefes um einen vertraulichen Brief, den er dem Redakteur einer deutschen Parteizeitung geschrieben und den dieser ohne seine Zustimmung veröffentlicht habe.

Gewerkschaftsbewegung.

Drohende Aussperrung der Tabakarbeiter in Westfalen. Der Verband Westfälischer Zigarrenfabrikanten in Herford versandte am Dienstag folgende Notiz an sämtliche Zeitungen Westfalens und der beiden Lippe: „Im westfälisch-lippischen Tabakindustriebezirk hat seit einiger Zeit eine von den Arbeiterorganisationen planmäßig betriebene Bewegung eingesetzt. Bei einer größeren Zahl von Fabrikanten sind Forderungen auf Erhöhung der Löhne gestellt worden. Angesichts ihrer Geschäftslage haben diese erklärt, den Forderungen nicht oder nur teilweise entsprechen zu können. Daraufhin haben die Arbeiter den Streik beschlossen und sind bereits bei einigen Fabrikanten, zum Teil unter Vertragsbruch, in Streik getreten. Mit dieser Sachlage hat sich der Westfälische Zigarrenfabrikanten-Verband in seiner heutigen (25. September) außerordentlichen Generalversammlung zu Herford beschäftigt und nach allseitiger Aussprache festgestellt, daß bei dem allgemein unbefriedigenden Geschäftsgange der Zigarrenindustrie die höheren Lohnforderungen nicht erfüllt werden können. Zugleich beschloß der Verband, seinen von den organisierten Arbeitern angegriffenen Mitgliedern beizustehen und allen organisierten Arbeitern am 30. September zu kündigen, falls nicht bis zum 28. September die von den Arbeitern ausgesprochenen Kündigungen zurückgenommen und die eingestellten Arbeiten wieder aufgenommen sind. Den nicht organisierten Arbeitern, die sich von der Bewegung fernhalten, beschloß der Verband wirksamen Schutz zu gewährleisten." — Dem Westfälischen Zigarrenfabrikanten-Verbande gehören fast alle größeren und mittleren Zigarrenfabrikanten von Westfalen, Lippe und dem angrenzenden Hannover an, sowie Bremer und Hamburger Fabrikanten, die in diesem Gebiete Filialbetriebe unterhalten. Die Verbandsmitglieder beschäftigen rund 22 000 Arbeiter, von denen etwa ein Drittel organisiert ist, zum weitaus größten Teile in der freien, zum kleineren in der christlichen Gewerkschaft und einige wenige im Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein.

Der Schweizerische Gewerkschaftskongreß. In der Diskussion über den Bericht des Bundeskomitees kam die allseitige Zufriedenheit mit der Tätigkeit des Bundeskomitees zum Ausdruck. Über: „Die allgemeine Situation der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung" sprach Gewerkschaftssekretär Huggler. Er empfahl die Heranbildung von Agitatoren und Funktionären für die Kleinarbeit nach deutschem Muster, weiter die Betreibung der Statistik in weit stärkerem Maße als bisher. In der Diskussion wurde vorgeschlagen, entweder einen Kursus nach Art der deutschen Kurse der Generalkommission einzurichten oder aber sich mit der deutschen Generalkommission ins Einvernehmen zu setzen, sodaß einige Schweizer Genossen an den Kursen in Deutschland teilnehmen können. Es standen sich zwei Auffassungen gegenüber; eine will, daß Agitatoren für die Kleinarbeit herangebildet werden, die andere, daß Genossen für die Leitung der Gewerkschaften vorgebildet werden sollen. Schließlich drang die Erkenntnis durch, daß man das eine tun soll und das andere nicht lassen darf; bestimmte Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Ein Antrag für die Förderung der Agitation unter den italienischen Arbeitern eine Zeitung in italienischer Sprache herauszugeben wird dem Bundeskomitee mit dem Auftrage überwiesen, ihn gemeinsam mit dem Gewerkschaftsausschuß in bezug auf seine finanzielle Durchführbarkeit zu prüfen. Wenn die Prüfung günstig ausfällt, ist man allseitig mit dem Antrag einverstanden. Ein Antrag der Arbeiterunion Zürich: „In Anbetracht der Tatsache, daß die wirtschaftlichen Kämpfe durch die solidarische Haltung des organisierten Unternehmertums immer schärfer und darum auch Solidaritätsaktionen der Arbeiterschaft immer notwendiger werden, fordert der Schweizerische Gewerkschaftskongreß die dem Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Organisationen auf, Solidaritätsaktionen in bezug auf die finanzielle Unterstützung den normalen Streiks gleichzustellen und auch darauf hinzuwirken, daß neuabschließende Tarifverträge keine Bestimmungen enthalten, wonach die Beteiligung an Solidaritätsaktionen die Tarifgültigkeit aufhebt", wird von fast allen Rednern und auch vom Vertreter des Bundeskomitees wegen seiner Konsequenz bekämpft und schließlich mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Über „Die Revision des eidgenössischen Fabrikgesetzes" referiert Nationalrat Dr. Studer. Veranlassung zu diesem Referat gibt eine der schweizerischen gesetzgebenden Körperschaft vorliegende neue Gesetzesvorlage. Es wird da die Frage des Maximalarbeitstages heiß umstritten. Unsere Genossen fordern den zehnstündigen Maximalarbeitstag. Bei Sonntagsarbeit muß dem Arbeiter ein anderer freier Tag in der Woche gewährt werden; alle 2 Wochen muß der freie Tag ein Sonntag sein. Bei Frauen ist die Bestimmung des vollständigen Verbots der Nacht- und Sonntagsarbeit vorgesehen; für Wöchnerinnen soll nach der Vorlage eine Ruhezeit von mindestens 6 Wochen gewährt werden. Das ist eine Verschlechterung, denn bisher betrug die Ruhezeit 8 Wochen. Eine Verbesserung ist, daß diese Ruhezeit als Krankheitszeit angesehen und Unterstützung gezahlt wird; die Wöchnerin erhält aus Staatsmitteln 20 Mk.; sie darf während der gesetzlichen Ruhezeit nicht gekündigt werden. — Wichtig ist auch eine Bestimmung, wonach jugendliche Leute, bevor sie in einen Betrieb Beschäftigung nehmen, einer ärztlichen Untersuchung unterzogen werden müssen, ob sie auch der Arbeit gewachsen sind. Bei der Unfallversicherung sind einige Verschlechterungen in der Vorlage enthalten, die Bestimmung, daß der Arbeiter allein die Pflicht hat, den Unfall anzumelden. Gefordert wird, daß der Unternehmer jeden Unfall melden muß. Unsere Genossen fordern, daß eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen wird, wonach für Überstunden und Nachtarbeit ein Prozentaufschlag zum Lohne zu zahlen ist. Zum Schutze der Heimarbeiter soll ein besonderes Gesetz gemacht werden. Besonders entschieden werden unsere Genossen für Bestimmungen eintreten, die den Arbeiter bei Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte schützen. In den Thesen, die der Referent vorlegt, werden die Grundsätze festgelegt, nach denen das neue Fabrikgesetz gestaltet werden soll. Es sind die auch in Deutschland auf diesem Gebiete von uns aufgestellten und verfochtenen Grundsätze. — Die Arbeiterorganisationen müssen dafür sorgen, daß, wenn das Gesetz von der gesetzgebenden Körperschaft fertiggestellt ist, die dann eventuell kommende Volksabstimmung eine genügend aufgeklärte Bevölkerung findet, um so ein Gesetz zustande zu bringen, das den Bedürfnissen der Arbeiterbevölkerung entspricht. Das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften behandelte Nationalrat H. Eugster in einem Referate. Redner verwirft die Bestrebungen des Syndikalismus und schildert recht anschaulich, wie notwendig für den Gewerkschaftler die politische Betätigung ist, wie unvollständig dagegen die Wahrnehmung der Interessen des Proletariats durch den Syndikalismus ist. Er kommt zu dem Endergebnis, daß Partei und Gewerkschaft notwendig sind, beide ihre besonderen Aufgaben haben und eine die andere nicht überflüssig macht. Die Erringung der der Arbeiterbewegung gesteckten Ziele sei nicht durch Massenstreiks möglich, sondern sie könne nur das Resultat der Entwicklung sein. Zu diesem Punkt liegt ein Antrag der Arbeiterunion (Gewerkschafts-Kartell) Zürich vor. Der Antrag behandelt einen Absatz eines zwischen Partei und Gewerkschaft getroffenen Abkommens. Der betreffende Absatz besagt, daß die Partei dafür Sorge tragen werde, daß jeder Genosse ohne Unterschied der Nation in allen Korporationen der Partei Gleichberechtigung genießen soll. Von der Annahme dieses Absatzes durch die Partei wollen die Antragsteller es abhängig gemacht wissen, ob dem ganzen Abkommen mit der Partei zugestimmt werden soll. Die Spitze des Antrages richtet sich gegen Maßnahmen des Grütlivereins. In der Diskussion wendet sich ein Redner grundsätzlich gegen die Stellung des Referenten, im übrigen dreht sich die Diskussion um den genannten Antrag, jedoch nicht um die betreffende Bestimmung selbst, sondern darum, ob von der Annahme dieser Bestimmung das ganze Abkommen abhängig gemacht werden soll. Der Antrag der Züricher Union wird mit 39 gegen 34 Stimmen abgelehnt. Im übrigen aber ist der Kongreß für die Gleichberechtigung der Ausländer, nur soll diese Ansicht nicht als Bedingung für den Abschluß des Übereinkommens gestellt werden. — Schneeberger referiert über: Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaft. Der Referent legt eine längere Resolution vor, die sich ganz im Sinne der Beschlüsse des internationalen Kongresses und der Beschlüsse des Hamburger Gewerkschaftskongresses bewegt. Das Referat ist auch dementsprechend gehalten. Des weiteren begründet der Referent ein Übereinkommen zwischen der Leitung der schweizerischen Genossenschaften und der Gewerkschaften. Das Übereinkommen behandelt die Verpflichtungen der Genossenschaften gegenüber ihren Angestellten in gewerkschaftlicher Beziehung, Festsetzung der Arbeitsbedingungen der Angestellten auf tariflicher Grundlage (eventuell Landestarif). Weiter ist eine Instanz vorgesehen, die unter Ausschaltung der Preßpolemik Streitigkeiten jeglicher Art erledigen soll. Auch ist vorgesehen, wann und in welcher Weise die beiden Organisationen sich gegenseitig unterstützen können, bei statistischen Arbeiten, bei Aktionen gegen die Verteuerung der Lebenshaltung usw. Die Resolution und das Übereinkommen werden nach kurzer Diskussion und einigen redaktionellen Änderungen des Wortlauts der Resolution angenommen. Der Tagesordnungspunkt: „Die Interessengemeinschaft der Eisenbahner, der Staats- und Gemeindearbeiter und der Arbeiter in den Privatbetrieben brachte ein Referat des Genossen Greulich. Er legte seinen Ausführungen eine Reihe Thesen zugrunde, in denen dargelegt wird, daß die in öffentlichem Dienst Beschäftigten unter dem gleichen kapitalistischen System zu leiden haben, wie die Lohnarbeiter und deshalb auch die gleichen Interessen mit ihnen haben müssen. Daraus ergebe sich eine Solidaritätspflicht der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegenüber den Arbeitern in Privatbetrieben und ihren gewerkschaftlichen Kämpfen. Diese Solidaritätspflicht würde erfüllt: durch Anerkennung des Standpunktes der kämpfenden Arbeiterklasse und Beitritt der Verbände der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den Schweizerischen Gewerkschaftsbund; durch öffentliche Sympathiebezeugungen und ausgiebige materielle Hilfe bei allen gewerkschaftlichen Kämpfen. Über: Teuerung und Lohnarbeiter sprach Genosse Dürr. Der Referent legt dem Kongreß eine Resolution vor, in welcher als Ursache der Teuerung angegeben werden: Die Steigerung der Grundrente durch Verteuerung des Bodens und die Spekulation, die allgemeine Entwertung des Geldes, die Belastung der Warenpreise durch Zwischenhandel und Reklame, der Rückgang der Viehproduktion und die durch Schutzzölle begünstigte Preistreiberei der Agrarier, der Mißwachs infolge Dürre. Interessant ist angesichts der stark Landwirtschaft treibenden Schweiz die nachfolgende Stelle in der Resolution des Referenten: Der Rückgang der Viehproduktion ist durch die letzte Viehzählung einwandfrei festgestellt. Er steht in schroffem Gegensatz zu der Bevölkerungszunahme und beweist, daß die Inlandproduktion zur Deckung des Bedarfs nicht genügt. Es ist daher Aufgabe des Bundes, das Viehsubventionswesen so zu reorganisieren, daß die Viehproduktion im allgemeinen Interesse gefördert und nicht wie bisher den persönlichen Interessen einer Anzahl Großbauern Vorschub geleistet wird. Die Haltung des National- und Ständerates in der Gefrierfleischfrage ist eine Verhöhnung der notleidenden Volksklassen und wird aufs schärfste mißbilligt. Daß übrigens auch in der Schweiz, gerade so wie in Deutschland, die anhaltende Dürre dieses Sommers von gewissenlosen Leuten spekulativ ausgenutzt wird, zeigt folgende Stelle der Resolution: Der Kongreß ist ferner der Ansicht, daß die Folgen der langanhaltenden Dürre stark übertrieben werden in der Absicht, neue Preistreibereien zu inszenieren. Der Referent fordert geeignete Gegenmittel von der Regierung und fordert die Gewerkschaften auf, mit aller Energie gegen die Teuerung anzukämpfen, um so die Herabdrückung der Lebenshaltung hintanzuhalten. Die Diskussion über diesen Punkt ist äußerst lebhaft und interessant. Es wird energisches Vorgehen gefordert und die Ansicht vertreten, daß die sozialdemokratische Partei aufgefordert werden soll, tunlichst bald die Initiative zu ergreifen (Verfassungsrevision), um die Ursachen der Teuerung zu beseitigen, soweit das im Rahmen des möglichen liegt. Auch verspricht man sich von solcher Aktion große agitatorische Wirkung in jenen Kreisen, die heute noch der Arbeiterbewegung gleichgültig gegenüberstehen. Es wird schließlich eine Kommission eingesetzt, die eine alle Teile befriedigende Resolution vorlegt. Die Resolution geht auf alle in der Diskussion geltend gemachten Momente ein, sie wird dann ohne Diskussion angenommen. Damit sind die Arbeiten des Kongresses erledigt.

Kinder und Jugendliche im deutschen Fabrikbetrieb.

Der Moloch Kapitalismus zwingt auch heute noch Kinder unter 14 Jahren in seine Arme. Mit der immer weiter schreitenden Umwandlung der Produktion, mit dem stets rascheren Verschwinden des Handwerkes und dem an seiner Stelle auftauchenden Riesenfabrikbetriebe wird auch die Zahl der jugendlichen Arbeiter solcher Betriebe immer größer. Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten stellen wir in nachfolgendem die Ziffern der männlichen und weiblichen Jugendlichen und der Kinder unter 14 Jahren zusammen, die 1909 — daher datieren die jüngsten Zusammenstellungen — in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen beschäftigt waren. Es ergibt sich da, die Gesamtziffern nach Industrie-Gruppen zerlegt, das folgende Bild.

Industriegruppe	Kinder unter 14 Jahren männl.	Kinder unter 14 Jahren weibl.	junge Leute 14—16 Jahre männl.	junge Leute 14—16 Jahre weibl.	Arbeiterinnen 18—21 J.
Bergbau, Hütten- u. Salinenwesen	129	17	39 583	1 187	7 530
Industrie d. Steine u. Erden . . .	821	321	27 191	7 978	24 113
Metallverarbeitung	907	300	46 557	9 731	25 134
Maschinen, Werkz. Instrumente . .	821	73	56 524	4 013	19 242
Chem. Industrie .	50	73	3 802	2 521	8 239
Forstwirtschaftliche Nebenprodukte .	66	52	1 204	1 170	3 219
Textilindustrie . .	1 318	2 312	30 784	49 992	140 453
Papierindustrie .	229	242	6 822	8 775	23 020
Lederindustrie . .	70	33	3 950	1 891	6 206
Industrie d. Holz- u. Schnitzst. . .	489	147	21 409	3 506	9 732
Nahrungs- u. Genußmittel . . .	485	709	23 809	21 062	58 235
Bekleidung u. Reinigung	342	992	7 646	40 705	120 203
Baugewerbe . . .	56	2	6 520	2	155
Polygraphische Gewerbe	369	91	13 750	4 527	16 823
Sonstige Industriezweige	17	12	576	203	673

Die Ziffern zeigen, daß heute auch das Kind unter 14 Jahren in den Fabrikbetrieben keine unbekannte Erscheinung ist. Die wesentlichste Ursache dazu ist wohl, daß die Schulentlassung mitunter erfolgt, ehe das betreffende Kind 14 Jahre alt geworden ist. Der Eintritt in den Erwerb erfolgt aber immer sofort nach dem Verlassen der Schule. Ziffernmäßig ist es nicht nur bei den Kindern unter 14 Jahren, sondern auch bei den Jugendlichen die Textilindustrie, die das heranwachsende Geschlecht aufnimmt. Aber auch in anderen Industriegruppen ist der jugendliche Arbeiter und die jugendliche Arbeiterin viel stärker vertreten, als es vom gesundheitlichen und kulturellen Standpunkte aus richtig erscheint. Die obigen Zahlenreihen zusammengefaßt und mit 1907 und 1908 in Vergleich gestellt, zeigt die folgende kleine Tabelle:

Jahr	Kinder unter 14 Jahren männlich	Kinder unter 14 Jahren weiblich	Junge Leute von 14—16 Jahren männlich	Junge Leute von 14—16 Jahren weiblich	Arbeiterinnen v. 16—21 J.
1909	6169	5376	290 277	156 263	462 976
1908	6677	5385	289 597	150 659	450 887
1907	7295	5759	285 335	150 847	449 436

Die Zusammenstellung weist aus, daß die Zahl der Kinder unter 14 Jahren, die in Fabriken beschäftigt sind, 1909 nicht mehr ganz so hoch erscheint wie 1907 und 1908. Der Rückgang ist aber noch viel zu gering. Die Zahl der männlichen und weiblichen Jugendlichen von 14 bis 16 Jahren ist langsam aber sicher gestiegen. Der Zuwachs ist bei den weiblichen Jugendlichen größer als bei den männlichen. Das Heer der Arbeiterinnen im Alter von über 16 bis 21 Jahren ist in nur drei Jahren um rund 13 500 gestiegen.

Dagegen, daß heute die Jugend nicht mehr zum Einzelhandwerker, sondern in die Riesenfabriken geht, um einen Beruf zu finden, läßt sich wenig machen, hier haben wir es mit Folgen der kapitalistischen Entwicklung zu tun. Daß aber die Jugendlichen schon in solch zartem Alter in das intensive Produktionsgetriebe geraten, dagegen muß immer und immer wieder gearbeitet werden.

Soziales.

Lebensträume von Fabrikmädchen. Das Leben der großstädtischen jungen Fabrikmädchen ist bisher nur von den Traktätchenpredigern und von den Romandichtern psychologisch dargestellt worden. Jene entwarfen ein düsteres Bild von dem, was sie „Unsittlichkeit" nennen; und diese fabulierten sich eine interessante Mischung von etwas Elend, etwas Verkommenheit und sehr viel unbändiger Lebenslust zusammen. Eine wissenschaftliche Ergründung des Seelenlebens der Arbeiter und Arbeiterinnen wird in den vom „Verein für Sozialpolitik" herausgegebenen, sehr wertvollen Untersuchungen über Berufswahl und Berufsschicksal der Arbeiter in der Garnindustrie angebahnt. In einem soeben erschienenen weiteren Bande dieser Sammlung behandelt Dr. Rosa Kempf „das Leben der jungen Fabrikmädchen in München". Die Schrift beruht auf Erhebungen, welche die Verfasserin durch persönlichen Verkehr mit 270 Fabrikarbeiterinnen zwischen 14 und 18 Jahren gewonnen. Ein Kapitel bringt „einiges vom Gedankenleben der Mädchen". Da ist nun nichts von all der ausschweifenden Romantik des Lasters zu finden. Es ist ein stilles, graues, opfervolles Dasein ewiger Arbeit, und alle Träume gehen nicht hinaus über den Wunsch nach einem bescheidenen reinlichen Familienleben. Da die Verfasserin auch die körperlich-gesundheitliche Beschaffenheit der Mädchen kurz schildert, kann man so erkennen, daß sich die Lebensideale nach dem Maße der noch erhaltenen Lebenskraft abtönen. Kräftige, hübsche Mädchen haben kräftigeren Zukunftsdrang als arme, siehe, blutlose Schattenmenschen. Ergreifend wirkt der Drang nach Fortentwickelung, der doch niemals erfüllt wird. Ein 16jähriges schmächtiges Ding, das seit drei Jahren in der Fabrik arbeitet, möchte einen Stenographiekursus mitmachen, um dann ins Kontor zu gehen. Wird das nicht möglich sein, so wird es nähen, bügeln, servieren lernen, um in einem besseren Hause als Zimmermädchen zu dienen: „Wenn ich dann später einmal ein Zimmerchen für mich bekomme, so wird das dann schön eingerichtet." Ein skrofulöses, krummbeiniges Kind hat schon mit 15¼ Jahren keine Träume mehr; es muß für die invalide Mutter arbeiten, weiter nichts: „Möchte Ihnen nur mitteilen, daß ich über meine Zukunft weiter nichts niederschreiben kann, da ich ja alle Tage wie sie kommen, arbeiten und Sorge tragen muß, daß ich meine alte kränkliche Mutter unterstützen kann; denn was bleibt einem armen Teufel übrig als trachten, daß man sich so viel verdienen kann, da jetzt in dieser Zeit alles so teuer ist." Ein 18jähriges Mädchen, das sich eines innigen Familienlebens erfreut, denkt zunächst nur daran, sich recht tüchtig einzuarbeiten und dann zu sparen, auch die Hausarbeit zu lernen,

„damit ich mir einmal ein neues Heim gründen kann". Aber dieser Mädchentraum ist schon der lebensfreudigste. Sonst hört man nur von Sorge, Gram, Not, Verdruß, Krankheit. In einem dieser Bekenntnisse heißt es: „Einmal, denke ich mir, gehst ins Theater! aber dann reut mich das Geld wieder, weil ich nur desto mehr sparen muß." So „träumt" die Jugend in dem „lustigen" München, das die Feuilletonisten für eine ewige Redoute und ein endloses Oktoberfest halten.

Aus dem Gerichtssaal.

Rekrutenfreuden. Ein Fall krasser Soldatenschinderei beschäftigte vor einigen Tagen das Metzer Kriegsgericht. Ein vorzeitig zur Entlassung gekommener Rekrut hatte Anzeige erstattet. Die gequälten Leute hatten geschwiegen. Die Anklage richtete sich gegen den Unteroffizier Waurich vom sächsischen Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 12. Unter anderem hatte er beim Exerzieren einem Manne einen Fußtritt in die Leistengegend gegeben, daß der Mißhandelte besinnungslos hinfiel, und als er sich krank melden mußte, durch Drohungen, daß er noch zwei Jahre mit ihm zusammenblieb, gezwungen, eine falsche Begründung seiner Schmerzen anzugeben. Einen anderen Kanonier hatte er so oft Kniebeuge machen lassen, daß er hinfiel. Dann schüttete er den am Boden liegenden einen Krug Wasser über den Kopf und ließ ihn das Wasser auftrocknen. Ein anderes Mal ließ er diesen Mann auf der Stube 20—30 Mal Hinlegen und Aufstehen üben, bis der Gequälte am Boden liegen blieb. Als Abschluß versetzte ihm der Unteroffizier noch einen kräftigen Fußtritt auf den Rücken. Einen anderen Mann mißhandelte dieser „Erzieher" auf folgende Art: Als der Unteroffizier in der Nähe des glühenden Ofens Karten spielte, rief er den Kanonier heran und befahl ihm, sich neben den Ofen zu stellen. Unterdessen unterhielt er sich mit dem Soldaten höchst „freundschaftlich" über Familienangelegenheiten. Als es der arme Kerl vor Schmerzen nicht mehr aushalten konnte, — er hatte bereits auf beiden Oberschenkeln Brandblasen bekommen — fragte ihn der rohe Patron: „Es ist wohl schön heiß hier?" Die Brandwunden verband der samariterisch gesinnte Unteroffizier dann höchst eigenhändig. In zwei anderen Fällen ließ er denselben Soldaten Kniebeuge bis zur Ohnmacht ausführen und begoß ihn dann zur „Erholung" mit Wasser. Wegen Mißhandlung Untergebener, Beleidigung und Vergehen gegen § 115 M.-St.-G. wurde dieser Unteroffizier zu drei Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Der Anklagevertreter hatte diese Taten als gewerbsmäßige und grausame Schindereien eines Soldatenschinders aus der guten alten Zeit, die aus der Armee ausgeschieden werden müßten, bezeichnet.

Gesindesklaverei. Ein nettes Kulturbild wurde in einer Verhandlung vor dem Jugendgericht in Dresden aufgerollt. Unser Dresdener Parteiblatt berichtet darüber: Ein 14jähriger Dienstknecht, der einen sehr intelligenten Eindruck macht, erhob Einspruch gegen eine Strafverfügung über drei Tage Haft, die ihm wegen „böswilligen Verlassens des Dienstes" nach § 95 der sächsischen Gesindeordnung zugeschickt wurde. Der Strafantrag war vom Gutspächter Schneider in Strehlen mit folgendem Wortlaut gestellt: „Bitte um exemplarische, möglichst Gefängnisstrafe, da man sonst seine Leute in der Erntezeit nicht halten kann." — Der Angeklagte ist zuvor schon zweimal fortgelaufen, wurde aber auf Antrag Schneiders jedesmal wieder durch die Polizei geholt. Als Gründe für die Lösung des Dienstverhältnisses gab er an, er sei wiederholt von den Mägden geschlagen worden und auf seine Beschwerde habe Schneider keine Abhilfe geschaffen. Als er das zweitemal mißhandelt worden war, legten sich seine Mutter und sein Vormund ins Mittel und kündigten Schneider an, daß bei einer Wiederholung eine Änderung geschaffen würde. Trotzdem wurde er weiter mißhandelt. Der Vorsitzende war der Ansicht, daß das alles noch nicht ihn berechtige, den Dienst sofort zu verlassen. (!) Ganz mit Recht bemerkte hierauf der Junge, er könne sich doch nicht mit der Gabel bedrohen und in das Gesicht treten lassen, wie es geschehen sei. Zur Rechtfertigung der Höhe der ausgeworfenen Strafe bemerkte der Staatsanwalt, daß zur gleichen Zeit auch andere Knechte von Schneider fortgelaufen wären, und daß hier anscheinend eine Verabredung vorliege mit dem Zwecke, Schneider bei der Ernte sitzen zu lassen. Das bestritt der Angeklagte; seines Wissens wären die anderen Knechte ebenfalls wegen schlechter Behandlung fortgelaufen. In alledem erblickte das Gericht noch keinen Grund zur Lösung des Dienstverhältnisses und bestätigte deshalb die im Strafbefehl ausgeworfene Strafe. — So sucht man die Arbeiter „an die Scholle" zu fesseln.

Sechs Monate Gefängnis wegen Bestechlichkeit. Die Duisburger Strafkammer verurteilte den Kaufmann Karl Schmidt aus Duisburg, jetzt in Bielefeld, der früher Privatschreiber des Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika, Freiherrn von Rechenberg, war, wegen Bestechlichkeit zu 6 Monaten Gefängnis. Schmidt hatte geheime Schreiben, die Freiherr v. Rechenberg für das Reichs-Kolonialamt angefertigt hatte, kopiert und an ein Oppositionsblatt in Daressalam zur Verwertung als „Hetzartikel" gegen Bezahlung geliefert. Als Schmidt dann in Duisburg verhaftet wurde, fand man bei einer Haussuchung die Kopien.

Verurteilung eines Rabenvaters. Vor dem Schwurgericht in Würzburg stand der 32 Jahre alte Tagelöhner Georg Fath aus Lohr am Main wegen zweier Totschlagsverbrechen. Er hatte seine beiden Söhnchen im Alter von 2½ und 4 Jahren auf dem Felde erhängt. Das Gericht verurteilte ihn zu sechs Jahren Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Eine gewaltige Explosion erfolgte am Dienstag nachmittag in der Anilinfabrik der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in der Hauptstraße 9—10 zu Borhagen-Rummelsburg. Es explodierte aus bisher nicht ermittelter Ursache ein großer Oleumbehälter, der im dritten Stock aufgestellt war. Die Wirkung der Explosion war sehr verheerend. Der Kessel durchschlug die Decke nach dem Obergeschoß und das Dach und stürzte dann krachend wieder in das Gebäude zurück. Fünf Arbeiter kamen dabei zu Schaden. Drei von den Verunglückten, die Arbeiter Bachmann, Rieß und Geiseler, wurden so schwer verletzt, daß sie nach dem Krankenhause geschafft werden mußten. Zwei Arbeiter kamen mit leichteren Wunden davon.

Nadelstichpolitik. Zu einer Volksversammlung in Erfurt war von den dortigen Genossen der jetzige Vertreter des Kreises, der zweite Vorsitzende des Reichsverbandes, Hagemann, eingeladen worden. Auf den Plakaten war vermerkt, daß Herr Hagemann schriftlich eingeladen sei. Diese Zeile mußte auf Anordnung des Polizeiinspektors wegbleiben, weil sie nicht zur Ankündigung der Versammlung gehöre. Was sich die Polizei doch alles erlauben darf!

Herzog und Arbeitervertreter. Die „Westfälische Arbeiterwacht", die vom offiziellen Zentrum allerdings als ein Zentrumsorgan nicht angesehen wird, die sich aber selbst als solches bekennt, jedenfalls ein katholisches Blatt ist, schreibt: „Gott sei gepriesen! Endlich einmal wieder ein Lebenszeichen von „unserem" Herzog! Wie die Zeitungen berichten, ist Prinz Adalbert von Preußen zum Besuche beim Herzog von Arenberg auf Schloß Nordkirchen eingetroffen, und es fanden ihm zu Ehren großartige Festlichkeiten statt. Weshalb auch nicht? Der Herzog hat es ja dazu. Uns gewöhnlichen Sterblichen ist freilich, seitdem der Herzog die Interessen des Volkes im Reichstage vertritt, die Veranstaltung „großartiger Festlichkeiten" ein klein wenig erschwert worden. Denn es sind jetzt durch indirekte Steuern belastet:

Jedes Pfund Salz mit 6 Pfg. Steuer,
Jedes Pfund Kaffee mit 40 Pfg. Steuer,
Jedes Pfund Tee mit 52 Pfg. Steuer,
Jedes Pfund Zucker mit 7 Pfg. Steuer,
Jedes Pfund Kakao mit 10 Pfg. Steuer,
Jedes Pfund Gewürz mit 25 Pfg. Steuer,
Jedes Pack Streichhölzer mit 15 Pfg. Steuer,
Jedes Liter Petroleum mit 6 Pfg. Steuer,
Jedes Liter Bier mit 5 Pfg. Steuer,
Jedes Achtel Branntwein mit 6 Pfg. Steuer,
Jedes Pfund Tabak mit 59 Pfg. Steuer,
usw. usw. usw.

Das alles haben wir „unserem" Herzog mit zu verdanken. Genau, wie ich es im Mai 1909 bei der Reichstagswahl voraus gesagt habe".

Wie dazu mitgeteilt wird, strahlten aber jedesmal die Arbeitervertreter in der Zentrumsfraktion vor Glück, wenn sie mit ihrem herzoglichen Kollegen an einem Tisch sitzen konnten. Die Arbeiterwähler werden sich hoffentlich bis zur bevorstehenden Reichstagswahl die „ruhmreichen Taten" der bisherigen Volksvertreter aus dem Zentrum noch einmal genau ansehen und dann mit dem Stimmzettel ihre Entscheidung treffen.

Hausfrauen und Mütter!

Den Milchverteuerern ist der Krieg erklärt!

Kauft keine Milch zu erhöhten Preisen!

Zur Liberte-Katastrophe. Die Frage der Entstehungsursache der Katastrophe auf der „Liberte", ob Feuer oder Selbstentzündung des Pulvers vorliegt, ist noch gänzlich ungeklärt. In den Kreisen der französischen Admiralität neigt man zu der Annahme, daß Selbstentzündung vorliegt. Der „Matin" teilt die Grundlinien des offiziellen Berichts, den Delcasse aus Toulon erhalten hat, mit. Darin heißt es: Um 5 Uhr 15 Minuten wurde vorschriftsmäßig an Bord der „Liberte" geweckt. Es war nichts Anormales zu bemerken. Um 5 Uhr 35 Min. hörte man mehrere schwache Detonationen aus den vorderen Geschützräumen. Hierauf entwickelte sich erst das Feuer. Die ganze Mannschaft war jetzt wach. Die Geschützräume waren bereits mit Rauch gefüllt. Einige Matrosen sprangen ins Wasser. Der älteste Offizier befahl, die Pulverkammer unter Wasser zu setzen. Bekanntlich konnte der Befehl nicht mehr ausgeführt werden. Die große Explosion erfolgte 16 bis 19 Minuten nach der ersten. Nach dieser Darstellung ist der Unfall lediglich auf eine Explosion des Pulvers B zurückzuführen. — Kurze Zeit nach der Katastrophe auf der „Liberté" wurde bekannt, daß sich auf dem brennenden Schiffe noch überlebende befanden. Admiral Aubert begab sich unverzüglich selbst in einer Schaluppe an den Ort des Unfalls, um persönlich die Rettungsarbeiten zu leiten. Als er nur noch wenige Meter vom Schiffe entfernt war, hörte er, wie aus dem Innenraum verzweifelte Hilferufe und Klopfen gegen die Panzerplatten erschallten. Der Admiral ließ sofort Sauerstoffapparate und Eisensägen heranholen, um das Rettungswerk beginnen zu können. Als man in das Innere der „Liberté" eingedrungen war, fand man hier ein unbeschreibliches Bild vor. Überall lagen stöhnende Verwundete, und neben ihnen schon tote Matrosen. In einem Turm fand man einen Obermaat, der schon drei Stunden ununterbrochen um Hilfe schrie und dem ein Eisenblock auf den rechten Fuß gefallen war, durch den dieser vollständig zerquetscht worden war. Da auch die Hebekräne durch die Explosion nicht mehr intakt waren, so konnte der Unglückliche erst aus seiner Lage befreit werden, nach dem ihm das Bein bei vollem Bewußtsein abgenommen worden war. Der Maat starb unter entsetzlichen Schmerzen auf dem Wege in das Krankenhaus. Auch die andern Verunglückten, die aus ihren gefährlichen Lagen befreit wurden, wurden, obwohl ihnen schnelle Hilfe zuteil wurde, nicht mehr lebend ins Spital eingeliefert. Die Nachforschung nach den Leichen im Wrack der „Liberte" wurde am Dienstag bis in die Nacht fortgesetzt. Man fand noch verschiedene furchtbar verstümmelte Körper, sowie eine Anzahl menschlicher Überreste. Auch in einem wieder gehobenen Dampfboot war eine unkenntliche Leiche. Im Spital erlagen weitere zwei Leute den erhaltenen Verletzungen. — Aus Paris wird gemeldet: Herzzerreißende Szenen spielten sich am Dienstag den ganzen Tag vor dem Marineministerium ab, wo sich unaufhörlich Angehörige der Opfer der „Liberte" einfanden. Der Marineminister erklärte einem Interviewer, es sei unmöglich, anzunehmen und zu behaupten, daß die Ursache der Katastrophe in der Entzündung des Pulvers zu suchen sei. Die Offiziere erklärten einmütig, das Pulver sei neuerer Fabrikation und lange Zeit widerstandsfähig. Die Zahl der Toten wird jetzt auf 150 angegeben.

Neuer Unfall bei der französischen Marine. Während Marineminister Delcasse gestern morgen das Wrack der „Liberté" umfuhr, traf eine neue Unglücksbotschaft ein. Bei der Übung des kleineren Geschwaders in der Nähe der Hyerischen Inseln stieß der Torpedojäger „Mousqueton, an dessen Bord sich der Marineinspekteur, Admiral Philibert, befand, mit dem Torpedojäger „Trident" zusammen. Der „Mousqueton" erlitt sehr schwere Beschädigungen. Das Wasser drang von 3 Seiten in das Schiff, das zum Ufer gebracht werden konnte, aber vollständig unbrauchbar geworden ist. Der „Trident" hat nur geringfügige Beschädigungen erhalten.

Mord und Selbstmord. Wie aus Wien berichtet wird, hat am Dienstag in einem Hotel im dritten Bezirk der ungarische Großgrundbesitzer Lajos Groag seine Frau und sich selbst erschossen. Das Ehepaar wohnte bereits seit sechs Wochen in Wien und wartete hier den Ausgang eines Zivilprozesses ab, der für die finanzielle Stellung der Familie ausschlaggebend war. Der Prozeß wurde verloren; dazu gesellten sich andere Verluste, die den finanziellen Ruin des ehemaligen Millionärs herbeiführten.

Schweres Unglück. Ein Automobil-Omnibus ist gestern nachmittag auf dem Pont de l'Archeveche in Paris in die Seine gefallen. Gegen 7 Uhr stiegen Taucher nieder, die den Wagen leer fanden. 9 Tote und 10 Verwundete wurden ins Krankenhaus gebracht. Man befürchtet, daß vier Leute von der Strömung fortgetrieben sind.

Schwere Blitzschlagunfälle. Bei einem schweren Gewitter, das am Dienstag über das ungarische Komitat Eisenburg niederging, schlug der Blitz in der Gemeinde Zalafo in das Haus eines Landwirtes, namens Pala. Der Hausbesitzer saß gerade mit seiner Familie und einem Gast zu Tisch, als sich das Unglück ereignete. Pala, seine Frau und der Gast wurden sofort getötet. Die vier Kinder des Landwirts liegen schwer verletzt im Krankenhaus, und es besteht wenig Hoffnung, sie am Leben zu erhalten. — In der bosnischen Ortschaft Blaguj schlug während eines Gewitters der Blitz in die Schule. Mehrere Kinder wurden getötet, eine Anzahl anderer verletzt.

Furchtbare Hungersnot in Sibirien. Hiobsposten ungewöhnlicher Art treffen aus dem Innern Sibiriens ein. Infolge schlechter Sommerernten droht überall das Gespenst der Hungersnot. Bisher sollen zirka 250000 Menschen den Hungertod gestorben sein. Entsetzliche Szenen spielten sich in den Straßen der Städte und Dörfer ab. Zu hunderten liegen die schon vollständig entkräfteten Bewohner vor den Häusern und auf den Landstraßen und erwarten in stoischem Gleichmut ihren Tod. Aus allen Teilen sind zahlreiche Spezialzüge mit Lebensmitteln nach den gefährdeten Gouvernements abgegangen, doch glaubt man, daß alle Hilfe zu spät kommt.

Verhängnisvoller Bootsunfall. Auf dem Aresee (Insel Seeland) kenterte am Montag abend ein Boot, in dem sich ein 21 Jahre alter Handlungskommis und drei Knaben im Alter von neun bis zwölf Jahren befanden. Alle vier Insassen fielen ins Wasser und ertranken. Die Leichen sind noch nicht geborgen. Das Boot trieb später mit dem Kiel nach oben an Land.

Indianeraufstand in Mexiko. Wie ein Bild aus den vergangenen Tagen der Sitting Bull und Schwarzer Adler mutet eine Meldung aus Mexiko an. Danach haben aufrührerische Indianer im Staate Las Chiapas am Sonnabend den Ort Chamula geplündert. Sie sollen einen Mann an das Kreuz geschlagen, Frauen und Kinder in barbarischer Weise hingeschlachtet, Säuglinge in die Luft geworfen und sie mit den Spitzen ihrer Lanzen aufgefangen haben.

Wild-West. Nach einem Telegramm aus Dumas in Arkansas kam es bei der Verfolgung einer Familie namens Malpaß, die wegen verschiedener Vergehen festgenommen werden sollte, zwischen dieser und den Leuten des Sheriffs zu einem Kampf. Der Sheriff, dessen Stellvertreter und zwei Söhne der Familie wurden erschossen. Der Vater entfloh verwundet, wurde aber später festgenommen und gelyncht; er selbst war ein Weißer, die Söhne Mulatten.

Das englische Marineluftschiff zerstört. Am Sonntag ist das englische Marineluftschiff, das im Mai d. J. von der Admiralität mit einem Kostenaufwande von zwei Millionen Mark erworben wurde, durch Explosion einiger Gasbehälter vollständig zerstört worden. Das Luftschiff wurde aus der in der Morecamba Bay gelegenen Halle zu einem Flugversuche herausgeholt. Kaum war das Schiff aus der Halle gezogen worden, als der hinterste von den 16 Gasbehältern plötzlich platzte. Kurze Zeit darauf barsten auch der siebente und achte Gasbehälter, sodaß das Schiff dadurch in der Mitte einen Knick erhielt, während der hintere Teil des Luftschiffes durch die sehr schwere Gondel immer mehr und mehr sich zur Erde neigte und dadurch den Bruch vollständig herbeiführte. Da auch noch zwei andere Gasbehälter undicht geworden waren, so war an eine Rettung des Luftschiffes nicht mehr zu denken. Die Mannschaft mußte jetzt daran denken, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Kurz entschlossen sprang sie aus den Gondeln in das Wasser und konnte noch mit knapper Mühe schwimmend das Ufer erreichen. Gleich darauf sauste der Ballon nieder und fiel ins Wasser. Er wurde später als eine unförmliche Masse herausgezogen.

Schiffsnachrichten.

Schiffsbewegungen.

D. Aeolus ist Mittwoch morgen 7 Uhr von Kalmar auf hier abgegangen.

D. Zar ist Mittwoch früh in Reval angekommen.

Seeleichter Kelsö im Schlepptau des Bugsierdampfers Hero ist Montag von Skutskaer auf hier abgegangen.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 27. September

Bauern-Butter Pfd. 1,30—1,45 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,55 Mk., Hasen — Mk., Enten 3,00—3,30 Mk. Hühner 1,60—2,30 Mk., Küken Stück 1,20—1,55 Mk., Tauben Stück 0,60—0,65 Pf., Gänse Pfd. —,80 Mk., Fickgans 2 Mk., Schinken Pfd. 1,10—1,15 Mk., Schweinskopf Pfd. 55—60 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,40, Eier 6 Stück 60 Pfg., Heringe — Pfg., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg. Karpfen —,— Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk. Schleie Pfd. 1,40 Mk., Brachsen 70—80 Pf., Hechte Pfd. 70—80 Pf., Barsche Pfd. 70-80 Pfg., Aal Pfd. 0,80—1,00 Mk Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg. Blumenkohl d. Kopf 0,30—0,60 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Kartoffeln neue 10 Pfd. 50—70 Pf., Aland Pfd. — Pfg.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein

Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 27. Sept.

1. Klasse 257 Drittel zu 157,57 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 11 „ „ 147,36 Mk. „ „

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 27. Septbr.

Auftrieb 1950 Schweine. Handel flau. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., —,— bis 59,— (—,— bis 47,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., —,— bis 58,— (—,— bis 46,50) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 58,— bis 59,00 (45,— bis 46,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 58,50 bis 59,— (45,50 bis 46,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 54,— bis 57,00 (41,00 bis 43,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 53,— bis 54,00 (42,50 bis 43,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 45,— bis 52,00 (35,00 bis 40,50) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.